

**Masarykova univerzita
Filozofická fakulta**

Ústav germanistiky, nordistiky a nederlandistiky

Německý jazyk a literatura

Viera Novotná

Stilistische und persuasive Mittel der politischen Rede
Bakalářská diplomová práce

Vedoucí práce: PhDr. Anna Mikulová, Ph.D.

*Prohlašuji, že jsem diplomovou práci vypracovala
samostatně s využitím uvedených pramenů a literatury.*

.....
Podpis autorky práce

Pod'akovanie:

Chcela by som poďakovať vedúcej práce PhDr. Anne Mikulovej, Ph.D. za ochotu, trpezlivosť, cenné rady a podporu v priebehu tvorby tejto práce.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	6
2. Theoretischer Teil.....	7
2.1. Politik und Sprache, politische Rede.....	7
2.1.1. Politik und Sprache	7
2.1.2. Politische Rede.....	8
2.2. Rhetorik	8
2.2.1. Wesen der Rhetorik.....	8
2.2.2. Geschichte	8
2.3. Stilistik.....	10
2.3.1. Wesen der Stilistik, Stil.....	10
2.3.2. Historische Entwicklung	11
2.3.3. Stilelemente, Stilfiguren, Stiltropen.....	11
2.4. Persuasion.....	12
2.4.1. Argumentieren.....	13
2.5. Angela Merkel	14
2.5.1. Anfänge in DA	14
2.5.2. CDU	14
2.5.3. Bundeskanzlerin.....	15
3. Praktischer Teil.....	16
3.1. Methodik der Arbeit	16
3.2. Analyse der Rede in der Haushaltsdebatte am 29. 3. 2006	16
3.2.1. Inhalt	16
3.2.2. Adressaten, Textfunktion	18
3.2.3. Stilelemente.....	18
3.2.3.1. Lexikalische Stilelemente	18
3.2.3.2. Syntaktische Stilelemente	20
3.2.3.3. Morphologische Stilelemente	21
3.2.3.4. Phonetische Stilelemente	22
3.2.3.5. Abweichungen vom regulären Satzbau	23
3.2.4. Stilfiguren.....	24
3.2.4.1. Tropen.....	24

3.2.4.2. Syntaktische Stilfiguren	25
3.2.5. Persuasion	26
3.3. Analyse der Rede in der Haushaltdebatte am 28. 11. 2007	28
3.3.1. Inhalt	28
3.3.2. Adressaten, Textfunktion	29
3.3.3. Stilelemente	30
3.3.3.1. Lexikalische Stilelemente	30
3.3.3.2. Syntaktische Stilelemente	32
3.3.3.3. Morphologische Stilelemente	32
3.3.3.4. Phonetische Stilelemente	34
3.3.3.5. Abweichungen vom regulären Satzbau	35
3.3.4. Stilfiguren	35
3.3.4.1. Tropen	35
3.3.4.2. Syntaktische Stilfiguren	36
3.3.5. Persuasion	38
4. Zusammenfassung	40
5. Literaturverzeichnis	42
Beilagen	43

1. EINLEITUNG

Schon das Thema meiner Arbeit „Stilistische und persuasive Mittel in der politischen Rede“ indiziert, dass es sich hier um die Bearbeitung der politischen Rede handeln wird. Die Politik spielt in den heutigen Zeiten eine wichtige Rolle, denn ihre Aufgabe ist es, das Geschehen in der öffentlichen Welt zu regieren, über die Zukunft des Landes zu entscheiden und ihre Geltung betrifft alle Gebiete des menschlichen Lebens.

Als ein untrennbarer Teil der Politik gilt heutzutage die politische Rede. Sie gilt als eine Äußerung der Meinungen zur Entwicklung und dem momentanen Zustand. Die politische Rede ist kein improvisiertes Reden, sie unterliegt verschiedenen Mustern. Der sprechende Politiker muss viele Aspekte berücksichtigen, damit seine Rede den ethischen, moralischen und demokratischen Prinzipien unterliegt. Es ist eine wichtige Voraussetzung, dass die redende Person ein gutes Sprachvermögen besitzt. Und zugleich versuchen die Politiker durch eine perfekte und gut gestaltete Rede die potentiellen Wähler über ihre Meinungen zu überzeugen, was ihnen später die wichtigen Wählerstimmen bringen kann. Vielmals ist es die einzige Möglichkeit, wie man zu den Bürgern sprechen kann. Die Rede bildet oft einen Teil des Images der Politiker. Manche sind bekannt durch ihre charakteristische Art zu Reden.

In meiner Arbeit werde ich mich den stilistischen und persuasiven Mitteln der politischen Rede widmen, denn es sind gerade diese Mittel, die die Rede so untersuchungswürdig machen. Gut gewählte Stilistik mit passender Rhetorik sind schon ein Teil des Erfolges, denn bei der Rede geht es vor allem ums Überzeugen und Überreden. In dem theoretischen Teil beschreibe ich die einzelnen Regeln der Stilistik und diese werde ich dann in dem zweiten Teil in die Praxis umwandeln. Als ein Grund für das Untersuchen habe ich mich für eine konkrete politische Rede entschieden, auf der ich meine Kenntnisse und Behauptungen demonstrieren werde. Untersuchen werde ich die Reden von Angela Merkel. Die erste stammt vom 29. März 2006 in der Haushaltsdebatte. Die zweite ist vom 28. November 2007 von der Generaldebatte zum Haushalt 2008.

Ich habe mich für Angela Merkel und ihre Reden entschieden, denn nach meiner Meinung ist sie die zweitbedeutendste meinungsbildende Persönlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Präsidenten Horst Köhler. Als die aktuelle Bundeskanzlerin bietet sie ein breites Spektrum von interessanten und gut

überarbeiteten Reden, die sicherlich auch ihren Beitrag dazu hatten, dass sie heutzutage so erfolgreich in der Politik tätig ist. Und gleichzeitig kann man diese Reden als ein gutes Beispiel für politische Rede betrachten, denn sie verbinden in sich alle Faktoren, die eine gute und Funktion betreffende politische Rede machen.

2. THEORETISCHER TEIL

2.1. Politik und Sprache, politische Rede

2.1.1. Politik und Sprache

Nach Aristoteles ist Sprache ein Mittel der Verständigung mit zwei bedeutenden Funktionen: mit der kognitiven und der kommunikativen. Unter dem Begriff kognitive Funktion der Sprache versteht man das Denken, das Wissen von der Welt. Die kommunikative Funktion umfasst das Benutzen von einer Reihe von Wörtern, die nach jeweiligen grammatischen Regeln zur Verständigung verschiedenen Gruppen von Menschen dient, die zu einer bestimmten sozialen, nationalen oder geographischen Gruppe gehören.

Das Thema der Wichtigkeit der Sprache in der Politik bleibt immerhin umstritten, denn nach einigen Autoren sei es gerade die Sprache, die die Politik aktiv macht: *„Alles politische handeln sprachliches Handeln ist“* (Holly, 1990, 8).

Einerseits *„ist Sprache nicht Ausgangselement und friedensstiftendes Medium allen politischen Handelns, sondern nur ein Mittel zum Zweck“* (Holly, 1990, 8) Aus dieser Sicht wird die Sprache in der Politik nicht als das Wesentliche betrachtet, sondern nur als ein subsidiäres Mittel zur Erreichung der geplanten Ziele und behält seine ursprüngliche Rolle als kognitives Medium. Andererseits betrachtet man die Sprache in der Politik als eine Art Mittel zur Manipulation, um die öffentliche Meinung zu sich zu neigen. Es ist gerade die Vielfalt der Sprache, die der Politik ermöglicht, die Rede so zu gestalten, dass man auch große Massen der Leute überzeugen und überreden kann, wie es zum Beispiel dem Hitler während seiner Macht gelungen ist. Und darum geht es bei der politischen Rede am meisten.

Die Politik missbraucht die Macht der Sprache und die verbale Kommunikation übernimmt die Rolle der Herrschaft. Mit Hilfe der nonverbalen Mittel, wie der Gesichtsausdruck, Körperhaltung und -Bewegung und vokale Zeichen ist man fähig einen perfekten Gesamteindruck zu bilden.

2.1.2. Politische Rede

Als politische Rede kann man eine mündliche Mitteilung politischen Inhalts von einem Redner an die Zuhörer bezeichnen, die mehrere Funktionen hat:

- informieren
- erinnern
- überreden
- überzeugen

Das Ziel vieler Reden ist es, den Hörer von der wirklichen Bedeutung abzulenken und eine andere Interpretation in ihm hervorzurufen; man spricht von einer Polyfunktionalität (vgl. Holly, 1990, 54).

Es existieren keine verbindlichen Regeln, wie eine offizielle politische Rede aussehen muss. Trotzdem richten sich die Verfasser nach einigen Muster, damit die Rede so überzeugend wie möglich aussieht. Diese Muster haben die Funktion *„gegenüber einem Publikum auf einer anderen Realitätsebene einen bestimmten Effekt zu erzielen“* (Holly, 1990, 57). Es geht nicht um den Inhalt, sondern um die Form. Außerdem sollen die Reden glaubwürdig wirken, wofür es notwendig ist, einen Kontakt herzustellen, denn es geht ums Erwerben des Adressats für eigene Ziele. Um das Vertrauen des Hörers zu gewinnen, wird der *„persönliche Faktor“* (Holly, 1990, 146) eingesetzt. Mit zielender Gestik, Mimik und Körperhaltung will man sympathisch und natürlich wirken. Die politische Rede enthält viele Neologismen, Anglizismen, Metaphern, Euphemismen, Polysemien, Fremdwörter.

2.2. Rhetorik

2.2.1. Wesen der Rhetorik

Nach Aristoteles ist die Rhetorik eine Art, die in jedem gegebenen Fall fähig ist das zu treffen, was überzeugend ist. Heutzutage kann man sagen, dass die Rhetorik *„ein methodisches Rezept für die öffentliche Rede“* gibt. (Michel, 1975, 19). Eine konkrete Definition kann man jedoch nicht formulieren. Die Rhetorik befasst sich mit der Theorie der Textproduktion und mit ihrer praktischen und effektiven Realisation.

2.2.2. Geschichte

Der Ursprung der Rhetorik reicht in die Zeit der Antike. In den antiken Ländern vertraten sich die Bürger auch vor Gericht selbst und mussten ihre Anträge persönlich

vortragen. Das bedingte die Entstehung der Rhetorik. Damals wurde das Reden als Art betrachtet und die Theorie bildeten die Philosophen. Die Rhetorik zusammen mit Grammatik und Dialektik war Bestandteil des Triviums. Eine bedeutende Rolle in der Entwicklung der Rhetorik spielten die Sophisten im alten Griechenland. Zu den bekanntesten Rednern und Theoretikern dieser Zeit gehörten zum Beispiel Sokrates, Platon oder Aristoteles.

Aristoteles widmete sich in seinem Werk der Rhetorik und unterscheidet drei Redarten:

- „génos dikanikón“ - Gerichtsrede
- „génos symbuleutikón“ - beratende Rede
- „génos epideiktikón“ - Prunkrede

Aus den anfänglichen Reden der Bürger entwickelten sich 5 Bestandteile einer Rede, die je nach der Art der Rede kombiniert wurden:

- „exordium“ - Einleitung - Das Wecken der Aufmerksamkeit
- „narratio“ - Erzählung - Die Darlegung des Falles
- „confirmatio“ - Beweise
- „refutatio“ - Widerlegung - Die Widerlegung der Einwände
- „conclusio“ - Schluss

Die altgriechische Rhetorik gliedert die Vorbereitung einer Rede in fünf Phasen:

1. „inventio“ - Idee und Stoffsammlung
2. „dispositio“ - Das Ordnen der Gedanken und Sortieren des Stoffes
3. „elocutio“ - Die Sprachliche Formulation und stilistischer Aufbau
4. „memoria“ - Das Lernen der Rede
5. „actio“ - Die Realisation der Rede

In der römischen Zeit gehörten zu den bekanntesten Rhetorikern M.T. Cicero, M.F. Quintilianus oder L.A. Seneca. Zu Zeit der Bildung der Religionen kam es zur Entwicklung der Rhetorik, denn die Religionen brauchten Propagatoren. So entstanden Begriffe wie Predigt oder Prediger. Diese kirchlich-theologische Rhetorik war im Mittelpunkt auch im Mittelalter. In den Universitäten entstand das akademische Reden als Folge der Vorlesungen der Professoren. Später bildete sich auch neue Richtung in dem politischen Reden mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft mit Betonung auf Freiheit, Demokratie und Gleichheit. Eine neue Etappe in der Geschichte der Rhetorik bedeutete das marxistische Reden mit der revolutionären Form und Inhalt. Zu den Vertretern gehörten K. Marx, F. Engels oder V.I. Lenin. (vgl. Mistrík, 1987, 9-20)

2.3. Stilistik

2.3.1. Wesen der Stilistik, Stil

Stilistik als eine linguistische Teildisziplin beschäftigt sich mit der *„Auswahl und Anordnung sprachlicher und mit der Sprachtätigkeit zusammenhängender Mittel und Verfahren, die im Kommunikationsprozess in Abhängigkeit von der kommunikativen Situation, der Absicht des Textproduzenten, von Ziel, Thema und Funktion der Äußerung eingesetzt werden“* (Malá, 2003, 6). Sie befasst sich nicht mit den einzelnen Kombinationen von phonologischen, lexikalischen und grammatischen Elementen, sondern mit ihrer *„Relation zur Spezifik der kommunikativen Situation und Aufgabe“* (Fleischer, Michel, 1975, 15).

Sie richtet sich also auf das Benutzen des Sprachsystems in der Praxis und deshalb ist auch mit anderen Teildisziplinen verbunden, zu denen auch Psycholinguistik, Soziolinguistik oder Textlinguistik gehören. Sie hängt auch mit jenen Disziplinen zusammen, die sich mit der sprachlichen Gestaltung, Redewirksamkeit oder mit den Fragen der Textqualität befassen, wie Rhetorik, Journalistik, Pädagogik oder Literaturwissenschaft.

Je nach der benutzten Komposition, Architektonik, Rededarstellung Erzählweise, Textsorte oder außersprachlichen Struktur kann man über Mikro- oder Makrostilistik sprechen.

Den Mittelpunkt der Stilistik bildet die Kategorie **Stil**. Der Begriff hat Ursprung in der Antike. Das griechische Wort *stylos* (lat. *stilus*) bezeichnete einen Schreibgriffel, der zum Einritzen der Buchstaben in die Wachtafeln diente. Später wurde diese Benennung auf die Art und Weise beim Schreiben oder Reden bezogen (vgl. Malá, 2003, 8).

Jeder Text oder Rede hat einen eigenen Stil. Dieser entsteht individuell je nach den Eigenschaften der Rede und hängt von den benutzten Mitteln und Verfahren ab. Der Stil betrifft den strukturellen Aspekt und erfüllt verschiedene Funktionen, die mit der kommunikativen Situation zusammenhängen. Man kann verschiedene Stile unterscheiden, z. B. den poetischen Stil, wissenschaftlichen Stil, publizistischen Stil.

Außerdem versteht man unter dem Begriff Stil im breiteren Sinne die Bezeichnung eines bestimmten Verhaltens oder die eigenartige Weise des Schaffens der jeweiligen Person.

2.3.2. Historische Entwicklung

Die Anfänge der Stilistik kann man bereits in den antiken Zeiten finden, damals noch als Teil der Rhetorik. Aristoteles widmete sich beim Gestalten der Reden besonders der Ordnung und Formulierung. Im Mittelalter begann man, die rhetorischen Stilmittel pragmatisch zu verwenden. Im 18. und 19. Jahrhundert entstand die wissenschaftlich ausgerichtete Stilistik und es wurden erste Bücher über Stil und Schreibart geschrieben. Johann Christoph Adelung betonte das Beachten der „*Zweckmäßigkeit und Schönheit des Ausdrucks*“ (Malá, 2003, 8). Ende des 19. Jahrhunderts wurden die Stilmittel systematisch zusammengestellt. Danach wurde die Entwicklung der Stilistik durch Prager Schule beeinflusst.

Die Zeit um 1970 bezeichnet man als die kommunikativ-pragmatische Wende, die eine Zuwendung zu einer kommunikationsorientierten Linguistik bedeutete. Die Wissenschaftler interessierten sich mehr für die Funktion der Sprache und auf die Wirkung im Kommunikationsprozess.

1993 erschien die „Stilistik der deutschen Gegenwartssprache“ vom Autoren-Kollektiv W. Fleischer, G. Michel und G. Starke, die als ein repräsentatives Werk der Stilistik gilt. Die Stilistik befindet sich noch heute in einem Entwicklungsprozess, wobei nicht nur die sprachlichen, sondern auch außersprachlichen Faktoren betrachtet werden (vgl. Malá, 2003, 8-13).

2.3.3. Stilelemente, Stilfiguren, Stiltropen

Die **Stilelemente** sind die „*kleinsten stilbildenden sprachlichen Mittel*“ (Malá, 2003, 30). Sie werden je nach der Funktion des Textes gewählt und kombiniert und sie sind auch von der Situation abhängig. Durch ihre individuelle Auswahl und Kombination gewinnt der Text einen eigenen Stil.

Sie existieren auf allen 4 Ebenen des Sprachsystems:

- **Phonetische Ebene** - Assonanz, Alliteration, Lautmalerei, Rhythmus, Intonation, Tonfarbe und -stärke etc.
- **Morphologische Ebene** - Temporalität, Modalität, Aktiv, Passiv, Steigerung der Adjektive, Gebrauch der Interjektionen etc.
- **Syntaktische Ebene** - Verbindung der Satzglieder, Hypotaxe, Parataxe, Asyndeton, Polysyndeton, Wortfolge, Satzlänge etc.
- **Lexikalische Ebene** - Fremdwörter, Archaismen, Neologismen, Anachronismen, Dialektismen, Fachwörter, Phraseologismen etc.

Jiřina Malá bestimmt auch die fünfte Gruppe, die die **Abweichungen vom regulären Satzbau** bilden, z. B. Ellipse, Aposiopese, Prolepse, Anakoluth, Apposition, Parenthese, Katachrese.

Die **Stilfiguren** (auch rhetorische Figuren genannt) gehören zu den Stilelementen und dienen der Expressivität und Ausdrucksvariation. Man unterscheidet die Tropen (semantische Figuren) und syntaktischen Stilfiguren (vgl. Malá, 2003, 78).

Die **Tropen** sind „*Mittel des bildlichen Ausdrucks auf Grund der übertragenen Bedeutung oder der Umschreibung*“ (Malá, 2003, 78). Sie beziehen sich auf die Bedeutung und arbeiten auf der nicht-synonymischen Basis, d.h. der Ausdruck wird nicht durch Synonyme ersetzt sondern durch eine Umschreibung. Sie sind nicht an den Satz gebunden. Zu den Tropen gehören: Vergleich, Metapher, Metonymie, Synekdoche, Allegorie, Emphase, Periphrase, Hyperbel, Litotes, Euphemismus und Ironie als eine Sonderart.

Im Gegensatz zu den Tropen sind die **syntaktischen Stilfiguren** an den Satz gebunden.

Jiřina Malá unterscheidet:

- Figuren der Wiederholung - Anapher, Epizeuxis, Parallelismus etc.
- Figuren der Entgegensetzung - Oxymoron, Chiasmus, Antimetabole etc.
- Figuren der Häufung - Zeugma, Klimax etc.

2.4. Persuasion

Als Persuasion kann man das Überzeugen verstehen. Durch das Verwenden vom Überzeugen soll „*eine solche Veränderung des Bewußtseins des Partners (in der Kommunikation) erreicht werden, die auf Verhaltensbeeinflussung zielt; der H/L (Hörer, Leser) soll sich die vom Textproduzenten vertretene Auffassung aneignen, sich ihr nähern und möglichst entsprechend handeln*“ (Michel et al., 1986, 121). In der politischen Rede nimmt sie deshalb eine große Rolle ein, denn bei dem politischen Reden geht es vor allem um das Überzeugen und Gewinnen neuer oder potenzieller Wähler.

Zu den persuasiven Strategien kann man verschiedene Mittel verwenden. Ironie kann man als „*eine Art negativer Bewertung interpretieren*“ (Mikulová, 2005, 94). Weiter sind es zum Beispiel die Hyperbel oder die Fachwörter, deren Bedeutung eindeutig ist und darin liegt ihre überzeugende Kraft, denn der Leser oder Hörer „*wird*

nicht mit der Mehrdeutigkeit der Lexeme des allgemeinen Wortschatzes konfrontiert, welche der Argumentation die wünschenswerte Überzeugungskraft nehmen“ (Mikulová, 2005, 95). Große überzeugende Kraft besitzen auch Empfehlungen, Versprechen oder Möglichkeit der persönlichen Begünstigung oder des Gewinns und die Argumentation.

2.4.1. Argumentieren

Als ein Mittel der Persuasion wird das Argumentieren verwendet. *„Die Argumentation spielt nicht nur in der Auseinandersetzung mit gegnerischer Ideologie eine Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung alles Neuen und Besseren.“* (Michel et al., 1986, 121), dass heißt, dass das Argumentieren zu einem der wichtigsten Mittel der Persuasion wird.

Um das Argumentieren wirksam zu gestalten, muss da *„Logisches und Psychologisches, Rationales und Emotionales wirkungsvoll miteinander verknüpft sein“* (Michel et al., 1986, 126).

Es existieren keine Regeln bei der Gestaltung der argumentierenden Passagen aufgrund der großen Möglichkeiten, die die Sprache bietet. Es hängt von der konkreten sprachlichen oder gesellschaftlichen Situation ab oder von der Höhe des Wissens der konkreten Problematik des Kommunikationspartners.

Das Autorenkollektiv unter Leitung von Georg Michel unterscheidet zwei Typen vom Argumentieren:

- Das entwickelnd-begründende Argumentieren
- Das auseinandersetzen Argumentieren

Als das **entwickelnd-begründende Argumentieren** versteht man das mündliche oder schriftliche Verfahren, um dem Hörer bzw. Leser *„bestimmte Gedanken, Auffassungen und Erkenntnisse nahe zu bringen, ihn von deren Richtigkeit bzw. Nützlichkeit zu überzeugen“* (Michel et al., 1986, 122). Als Ergebnis solcher erfolgreichen Argumentation folgt das selbstständige Handeln des Hörers bzw. Lesers. Bei der Gestaltung des Textes greift der Verfasser oft zu positiven Bewertungen oder appellierenden Passagen.

Bei dem **auseinandersetzen Argumentieren** geht es um *„Zerschlagen überholter, falscher, schädlicher oder feindlicher Auffassungen“* (Michel et al., 1986, 122). Es hat verschiedene Formen, von aufklärender Entgegnung bis zum scharfen verbalen Attacke gegen die zu bekämpfende Auffassung. Der Verfasser greift oft zum

Vergleichen - der feindlichen Auffassung wird die vom Produzenten vorgestellte gegenübergestellt. Durch Verdeutlichung der Unterschiede oder Gegensätze kommt es zum Überzeugen zur Seite des Text- oder Sprachproduzenten. In der Regel werden auch negative Bewertungen verwendet und sie können bis zur Ironie und Spott führen.

2.5. Angela Merkel

Angela Dorothea Kasner wurde 17. Juli 1954 in Hamburg als das erste Kind von Horst Kasner und Herlind Kasner geboren. Horst Kasner hat Theologie studiert, später arbeitete er als Pfarrer. Herlind Kasner arbeitete als Lehrerin für Latein und English. Ihre Geschwister heißen Marcus und Irene. Kurz nach ihrer Geburt siedelte die Familie in die DDR über. Ab 1961 besuchte Angela die Polytechnische Oberschule in Templin. Später setzte sie an der Erweiterten Oberschule in der Bildung fort. 1973 fing sie das Studium der Physik an der Karl-Marx-Universität in Leipzig an.

Nach der Diplom-Arbeit begann sie am Zentralinstitut für Physikalische Chemie der Akademie der Wissenschaften zu arbeiten. Im Januar 1986 reichte sie ihre Dissertation ein.

2.5.1. Anfänge in DA

Während der Wende 1989 begann Angela Merkel beim Demokratischen Aufbruch (DA) zu arbeiten. Zuerst als Administratorin, später als Sachbearbeiterin. Der DA präsentierte sich zunächst als eine linke Bewegung, später äußerten sie eine ablehnende Haltung zum Sozialismus. 1990 konzipierte Volker Rühe als Generalsekretär der westdeutschen CDU das Wahlbündnis Allianz für Deutschland. Der Demokratische Aufbruch hatte dort eine Schlüsselposition. In der ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 wurde die Allianz für Deutschland zum Wahlsieger, obwohl der Demokratische Aufbruch nur 0,9 Prozent erreichte. Innerhalb der folgenden Wochen wurde Angela Merkel zur stellvertretenden Regierungssprecherin.

2.5.2. CDU

Weil der Demokratische Aufbruch bei der Volkskammerwahl mit nur 0,9 Prozent endete, kam es zu einer Anlehnung des DA an die CDU. Am 3. Oktober 1990 begann Angela Merkel als Ministerialrätin im Bundespresse- und Informationsamt zu

arbeiten. Später bewarb sie sich um ein Bundestagsmandat.

Am 2. Dezember 1990, bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl gewann sie 48,5 Prozent Stimmen. Bei der folgenden konstituierenden Sitzung am 20. Dezember 1990 wurde sie Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Helmut Kohl, der damalige Kanzler, nominierte sie für ein Ministeramt und am 18. Januar 1991 wurde sie zur Ministerin für Frauen und Jugend.

Im Dezember 1991 auf dem CDU-Bundesparteitag wurde sie zur stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Nach der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994 wurde Angela Merkel zur Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Nachdem am 16. Februar 2000 Wolfgang Schäuble seinen Rücktritt als Partei- und Fraktionsvorsitzender erklärte wurde Angela Merkel am 10. April 2000 zur neuen CDU-Bundesvorsitzenden gewählt.

In der Bundestagswahl 2002 gewann die Regierungskoalition unter Gerhard Schröder. Angela Merkel wollte seiner Regierung als Oppositionsführerin gegenüberreten.

Nach einer Wahlniederlage der SPD im Mai 2005 informierte der Bundeskanzler über eine vorgezogene Bundestagswahl im September 2005. Bei einer Sitzung von CDU/CSU wurde Angela Merkel als ihre Kandidatin bestimmt.

2.5.3. Bundeskanzlerin

Am 22. November 2005 wurde Angela Merkel zur Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland gewählt. In ihrem politischen Programm standen Ziele wie Bürokratieabbau, Energiepolitik, Familienpolitik, Föderalismusreform, Forschung, Gesundheitsreform oder Arbeitsmarktreform.

Auf dem folgenden Bundesparteitag der CDU wurde sie zur Bundesvorsitzenden wiedergewählt.

2007 erhielt sie von dem Zentralrat der Juden in Deutschland den Leo-Baeck-Preis. Von dem Appeal of Conscience Foundation erhielt sie den World-Statesman-Award. Am 11. Januar 2008 verlieh ihr der Bundespräsident Horst Köhler das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland. Den Karlspreis erhielt sie für ihre Arbeit im Bereich der Entwicklung der Europäischen Union.

3. PRAKTISCHER TEIL

3.1. Methodik der Arbeit

In dem praktischen Teil wird die Analyse der Reden von Angela Merkel durchgeführt. Die erste wurde am 29. 3. 2006 vorgetragen und die zweite am 28. 11. 2007. Beide Reden gehören zu der Haushaltsdebatte, deshalb dienen sie dem gleichen Zweck und man kann sie leichter vergleichen.

Zu jeder Rede wird der Inhalt geschrieben, worum Angela Merkel geredet hat, damit man auch die inhaltliche Seite vergleichen kann und die Adressaten und Textfunktion.

Bei der eigentlichen Analyse werden die konkreten Stilelemente auf der jeweiligen Ebene untersucht: lexikalische, syntaktische, morphologische und phonetische Stilelemente. Als eine Sondergruppe werden die Abweichungen vom regulären Satzbau beschrieben. Die Elemente werden mit konkreten Beispielen aus der Rede belegt.

Einen selbstständigen Teil bilden dann die Stilfiguren, die in zwei Untergruppen gegliedert sind: Tropen und syntaktische Stilfiguren. Auch diese werden mit den Beispielen aus Merkels Rede belegt.

Als dritte Gruppe wird die Persuasion beschrieben. Als Mittel der Persuasion gelten die Argumentationen, deshalb werden diese in den Reden ausgesucht und analysiert.

Das Ziel des praktischen Teils besteht darin, das Vorkommen der stilistischen und persuasiven Mittel in der konkreten politischen Rede zu bestätigen und sie anschließend zu analysieren.

3.2. Analyse der Rede in der Haushaltsdebatte am 29. 3. 2006

3.2.1. Inhalt

Diese Rede von Angela Merkel gehört zu den ersten nach dem Antritt in die Funktion der Bundeskanzlerin, was sie auch selber mehrmals erwähnt, z. B. „*wir haben in den ersten 130 Tagen erlebt...*“ (Z. 364) Am Anfang äußert sie sich zu mehreren Ereignissen in der Welt. Als erstes wird hier die Freilassung von Abdul Rahman besprochen, dem wegen seiner Konvertierung zum Christentum der Tod drohte. Die Bundeskanzlerin findet das äußerst positiv: „*Wir haben diese Nachricht mit großer Erleichterung aufgenommen.*“ (Z. 3 f.). Sie spricht auch über „*den Karikaturenstreit,*

durch den uns bewusst geworden ist, dass auch unsere Grundwerte - auf der einen Seite die Pressefreiheit, auf der anderen Seite die Religionsfreiheit - immer wieder in einem Spannungsverhältnis stehen.“ (Z. 28 ff.) In Zusammenhang mit diesem Teil spricht sie auch über den Iran-Konflikt. Weiter hebt sie die Verdienste Deutschlands hervor, was die Entwicklung in Kongo betrifft.

In der eigentlichen Rede zum Haushalt bezeichnet sie die Aufgabe ihrer Regierung zu *„sanieren, investieren, reformieren.“ (Z. 101 f.)*

Der Hauptteil der Rede ist in acht Punkten gegliedert:

- Bei dem Reden über die **Föderalismusreform** kritisiert sie die Anstrengungen, die Bildungspolitik zum Teil der Bundespolitik zu machen.
- Bei dem Thema **Bürokratieabbau** macht sie sich Sorgen um Schaffen von Arbeitsplätzen bei dem Ausbau des Flughafens in Frankfurt. Gleichzeitig schlägt sie vor Richtlinien abzuschaffen, statt neue zu schaffen.
- **Forschung und Innovation** betrachtet sie als den zentralen Punkt. Sie betont die Notwendigkeit, in diesen Bereich Geld zu investieren.
- Was die **Energiepolitik** betrifft: *„Die Versorgungssicherheit, die Wirtschaftlichkeit und die Umweltverträglichkeit müssen die drei großen Säulen sein.“ (Z. 358 f.)* Sie freut sich darüber, dass die Energiepolitik der strategische Teil der Außenpolitik ist.
- Im Rahmen der **Finanzpolitik** äußert sie sich zu der Unternehmensteuerreform, die nach ihrer Meinung kompliziert ist und *„ausgesprochen wichtig und deshalb werden wir sie auch durchführen.“ (Z. 427 f.)*
- Über **Familienpolitik** spricht sie nur kurz. Sie kritisiert vor allem die Betreuungsmöglichkeiten für Kinder und will in einer anderen Diskussion über das Elterngeld reden.
- Sehr wichtig für sie ist die **Arbeitsmarktpolitik**, konkret Hartz IV. Gleichzeitig verspricht sie, mehr Arbeitsplätze zu schaffen.
- **Die Gesundheitsreform** verspricht sie bis zum Sommer zu schaffen.

Weil es sich in diesem Fall um eine der ersten Reden von Angela Merkel nach ihrem Amtsantritt handelt, gehört diese Rede zu den älteren. Sie ist zwar länger als die zweite untersuchte, was aber den Stil der Rede betrifft ist sie bescheidener, mehr an die Pläne orientiert und wirkt weniger aggressiv als die zweite untersuchte Rede. Man kann hier deutlich spüren, dass sie kurz nach dem Amtsantritt vorgetragen wurde, denn Angela operiert hier vor allem mit vielen Versprechungen, Plänen und erwähnt fast keine bisherigen Erfolge. Sie will erst ihre Position gewinnen.

3.2.2. Adressaten, Textfunktion

Diese Rede wurde am 29. März 2006 von Angela Merkel an den Bundestags-Präsidenten und die Abgeordneten des Bundestags vorgetragen. Sie ist sowohl für die Koalition als auch für die Opposition bestimmt. Bei der Gestaltung der Rede erwartet man einen gewissen Grad der Kenntnisse, es ist eine Voraussetzung, dass die Mitglieder des Parlaments über das Geschehen informiert sind und das wird dann auch berücksichtigt und deshalb sind zusätzliche Erklärungen unnötig.

Bei der Debatte über den Haushalt gibt es auch die Generaldebatte. Hier wird die Regierung besprochen. Die Koalition präsentiert ihre Erfolge und Pläne, die Opposition kritisiert es, bzw. kritisiert das bisherige Geschehen. Bei diesem Anlass wurde auch die Rede von Angela Merkel mündlich vorgetragen.

Die Rede ist offiziell, formell und fachlich. Die Funktion der Rede ist erstens, die Hörer auf die eigene Seite zu neigen, Appellfunktion, mit ihnen Kontakt herzustellen und sie über die Pläne, Entwicklung, Geschehen zu informieren.

3.2.3. Stilelemente

3.2.3.1. Lexikalische Stilelemente

Eigennamen

Sie bilden eine große Gruppe der lexikalischen Stilelemente. In der Rede erwähnt Angela Merkel viele Staaten aus der ganzen Welt. Das sind z. B. Iran, Frankreich, Großbritannien, Kongo, Weißrussland, China, Indien, Lettland, Irland. Angela Merkel reflektiert in ihrer Rede das Geschehen in der Welt und erwähnt sie in diesem Zusammenhang:

„Ich denke auch - das wurde heute schon angesprochen - an die Diskussion über den Iran und die Frage, inwieweit wir verhindern können, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen kommt, und inwieweit Deutschland in diesem Prozess - im Übrigen seit Jahren - Verantwortung übernommen hat.“ (Z. 30 ff.)

Weiter werden die Namen der Staaten zum Vergleich oder als Beispiele verwendet. Natürlich kommt am häufigsten „Deutschland“ vor.

Merkel erwähnt in der Rede namentlich auch mehrere ihrer Kollegen. Der Name „Kuhn“ kommt mehrmals vor. Sie will mit der Anrede betonen, für wen die folgende Information besonders geeignet ist und gleichzeitig schafft sie damit einen persönlichen Kontakt. Eine Sonderform bilden die phraseologischen Verbindungen, die in der Funktion der Namen auftreten. In diesem Fall ist das der „Kalte Krieg“ (Z. 23)

Fachwörter

Die Rede enthält viele Fachwörter aus der Politik und Wirtschaft. Das sind zum Beispiel „Grundgesetz“ (Z. 203), „Kanzleramt“ (Z. 224), „Richtlinien“ (Z. 256), oder „Kombilohn“ (Z. 470) etc.

Fremdwörter

Sie sind auch häufig verwendet: „okay“ (Z. 196). Aus dem Französischen stammt zum Beispiel „Branche“ (Z. 332) oder „konterkarieren“ (Z. 556) etc. Angela Merkel greift bei der Gestaltung ihrer Rede auch zu den englischen Wörtern, wie es z. B. bei „Better-Regulation-Offensive“ (Z. 253) zu sehen ist.

Funktionsverbgefüge

Das sind „*verbonominale Konstruktionen, die als einfache phraseologische Wendungen betrachtet werden.*“ (Malá, 2003, 62) Zu den wenigen hier verwendeten gehören „außer Kraft setzen“ (Z. 12) und „in Vergessenheit geraten“ (Z. 452) etc.

Komposita

Sehr reich dagegen ist die Rede an Zusammensetzungen. Sie verwendet sehr viele Komposita, sehr lange und auch Komposita mit Bindestrich, was das Verstehen und Lesen der ganzen Rede komplizierter macht. Als Beispiele erwähne wir „Mittelstandsentlastungsgesetz“ (Z. 249), „Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie“ (Z. 261 f.), „Mehrwertsteuererhöhung“ (Z. 449) etc.

Adjektivische Komposita gibt es da auch: „die Zahl der zustimmungsbedürftigen Gesetze“ (Z. 161 f.), „kinderfreundliches Land“ (Z. 437), etc.

Neologismen

„Karikaturenstreit“ (Z. 28)

Phraseologismen

Das sind „*feste Wortgruppen, die eine syntaktische Einheit darstellen.*“ (Malá, 2003, 61)

„Rede und Antwort stehen“ (Z. 179)

„Blick werfen“ (Z. 214 f.)

„diese Sache ist noch nicht in trockenen Tüchern“ (Z. 295)

„Krokodilstränen weinen“ (Z. 410)

„Instrumente ... über Bord zu werfen“ (Z. 492 f.)

„über den eigenen Schatten springen“ (Z. 577)

Pragmatische Phraseologismen

Es handelt sich um kommunikative Phraseologismen. In diesem Bereich verwendet Angela Merkel mehrmals „*Meine Damen und Herren*“ (Z. 1, 214) etc.

3.2.3.2. Syntaktische Stilelemente

Asyndeton

Es sind Aufzählungen mit Verbindung ohne Konjunktion.

„*Wir sind für das Modell der sozialen Marktwirtschaft, für den Ausgleich zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stärke, für die Teilhabe jedes Einzelnen, für die Unteilbarkeit der Menschenrechte, für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen.*“ (Z. 91 ff.)

Aufforderungssätze

Angela Merkel will damit die Aufmerksamkeit wecken oder ihre eigene Autorität festigen.

„*Jetzt passen Sie einmal ganz ruhig auf!*“ (Z. 198)

„*Meine Damen und Herren, ganz still!*“ (Z. 198)

Hypotaxe

Die meisten Sätze bestehen aus Hauptsätzen und Nebensätzen, die durch verschiedene Konjunktionen miteinander verbunden werden.

Parenthese

Es geht um den Einschub. In Merkels Rede werden die Parenthesen reichlich benutzt.

„*Ich muss allerdings leise darauf hinweisen, dass auch vergangene Regierungen - nicht nur die letzte, sondern auch schon die vorletzte - nicht immer konsequent waren.*“ (Z. 67 f.)

„*Sie hat uns - auch das ist ein Ergebnis der Wahlen - nicht geschadet.*“ (Z. 142 f.)

Rhetorische Frage

Neben den Aussagesätzen und einigen Fragesätzen gibt es in dieser Rede auch die rhetorischen Fragen, die nur „scheinbare“ (Geißner, 1976, 50) Fragen sind:

„Welches Recht haben wir eigentlich, Minderheiten über Zeitspannen entscheiden zu lassen, was dazu führt, dass Mehrheiten ihre Lebenschancen nicht verwirklichen können?“ (Z. 241 ff.)

Sätze

Sie sind in dieser Rede vorwiegend lang, es gibt aber auch relativ kurze Sätze, wie z. B. *„Das geht nicht.“* (Z. 60). Verwendet werden vor allem mehrfach zusammengesetzte Sätze.

3.2.3.3. Morphologische Stilelemente

Modalpartikeln

Sie sind dazu bestimmt, die eigene Meinung und Stellung zu äußern. Sie verleihen der Rede Emotionalität und Subjektivität, z. B. doch, eben, denn:

„...dann ist es eben nicht egal, ob ein Frankfurter Flughafen... oder... andere Infrastrukturobjekte in fünf, zehn, 15, oder 20 Jahren gebaut werden.“ (Z. 233 ff.)

Modalverben

Sie bilden ein wichtiges morphologisches Stilelement. Im Zusammenhang mit den Plänen und Pflichten, die mit Merkels Position verbunden sind, wird „müssen“ mit großem Vorsprung zu dem meistverwendeten Modalverb. Es äußert den Pflichteifer. An der zweiten Stelle ist „können“. „Mögen“ kommt am seltensten vor und auch das fast nur in den Sätzen *„ich möchte...“* (z. B. Z. 251). Die Modalverben bilden einen bedeutenden Teil ihrer Rede, denn sie äußern die Pflicht und Notwendigkeit, die Situation zu ändern oder die Entwicklung zu verbessern.

„Wir müssen uns aber darüber einig sein, dass am Ende mehr Arbeitsplätze entstehen müssen und es nicht weniger werden dürfen.“ (Z. 519 ff.)

Numeralien

In der politischen Rede ist das Benutzen von Numeralien üblich, denn es handelt sich um eine fachliche Rede, wo die genauen Zahlen erforderlich sind. Und sie helfen, die Rede in thematische Teile zu gliedern:

„Ich möchte nun drittens zu ... Forschung und Innovationen kommen.“ (Z. 272 f.)

„...der vierte Punkt, die Energiepolitik.“ (Z. 353 f.)

„Fünftens.“ (Z. 404)

Es gibt da viele Jahresangaben, denn bei dieser Rede beschreibt Merkel ihre Pläne in die Zukunft.

„Ich war es nicht, die 2002 zugestimmt hat, dass der Agrarhaushalt, abgekoppelt von der Finanziellen Vorausschau 2007 - 2013, bis 2013 festgeschrieben wurde.“ (Z. 279 ff.).

Substantive

Der Stil dieser Rede ist nominal, d. h. es überwiegen Substantive und vor allem Komposita, was die Rede statisch und manchmal unübersichtlich macht.

Verben

Die verwendeten Verben sind überwiegend im Präsens geschrieben. Zum Beschreiben der Vergangenheit verwendet Angela Merkel fast ausschließlich Perfekt: *„Wir haben diese Nachricht mit großer Erleichterung aufgenommen.“ (Z.3 f.)* In Bezug auf die Zukunft benutzt sie Futur I:

„Wir werden als Bundesregierung dafür sorgen, dass das Thema Bürokratie...“ (Z. 245)

„Wir werden diese Entwicklung während unserer Präsidentschaft voranbringen.“ (Z. 271).

Auch Präsens als Ausdruck der Zukunft wird verwendet:

„...dass wir in den nächsten vier Jahren 6 Milliarden Euro mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben.“ (Z. 275 f.)

Häufig kommen Verben im Passiv vor, meistens Vorgangspassiv. Bei der Rede wird fast ausschließlich die 1. Person Plural verwendet. Durch „wir“ spricht Angela Merkel als die Vertreterin der gesamten Regierung. Bei dem Äußern der eigenen Meinung oder Stellung wird natürlich die 1. Person Singular verwendet.

3.2.3.4. Phonetische Stilelemente

Die phonetischen Stilelemente sind in der schriftlichen Form der Rede schwer zu untersuchen, denn sie betreffen vor allem die akustische Realisation der Rede. Bei dem mündlichen Vortragen der Rede konnte man verschiedene Stilelemente untersuchen, z. B. die **intonatorische Mittel**, zu denen die Intonation, Rhythmus, Tonfarbe und -stärke

gehören. Sie haben eine bedeutende Rolle in der mündlichen Form der Kommunikation. Durch sie werden bestimmte Emotionen hervorgerufen. Um diese untersuchen zu können, wäre die Tonaufnahme erforderlich.

Um verschiedene akustische Effekte in der schriftlichen Form zu ermitteln, werden **graphische Mittel** eingesetzt, die aber in der Rede von Angela Merkel nicht vorkommen. Sie entstehen z. B. durch „*übermäßiges Dehnen (zweier oder mehrer Vokale)*“ (Malá, 2003, 78).

Die letzte Gruppe der phonetischen Stilelemente bilden die **Klangmittel**. Zu diesen gehören die Onomatopöie, Alliteration und Assonanz.

Alliteration (Übereinstimmung der Anfangsbuchstaben)

„*in diesem Hohen Hause*“ (Z. 3)

„... *dass dort heute nicht mehr Millionen von Menschen umkommen*“ (Z. 51)

„... *weil ansonsten andere auf der Welt uns und unsere...*“ (Z. 71)

„*verantwortete Freiheit*“ (Z. 99)

„*vernünftiges Verfahren*“ (Z. 183)

„*in Gesetzesform gießen*“ (Z. 124 f.)

„*die wirklich wichtigen Aufgaben*“ (Z. 269 f.)

„*französischen Freunden*“ (Z. 284 f.)

3.2.3.5. Abweichungen vom regulären Satzbau

In der Kommunikation, vor allem in der gesprochenen Rede, passiert es oft, dass die Satzkonstruktion durch verschiedene Brüche gestört wird. Sie treten aber auch als stilistische Mittel auf. In der politischen Rede werden einige dieser Elemente ausgelassen, denn die Rede gehört zum offiziellen Verkehr der Politiker und deshalb sollte sie korrekt sein. In der Rede von Angela Merkel kommen nur wenige dieser Abweichungen zum Vorschein.

Anakoluth

Erscheint in Form der Konstruktionsänderungen, besonders als Nichtübereinstimmung mancher grammatischen Erscheinungen. In dieser Rede befinden sie sich aber nicht.

Aposiopese

ist das „*Abbrechen der Rede vor dem Wichtigen*“ (Geißner, 1976, 39). Sie kommt in dieser Rede nicht vor.

Apposition

Sie wird auch Epithrase genannt. Dem geschlossenen Satz wird eine Nachstellung angefügt.

„*Diese Aussage war richtig und sie war mutig.*“ (Z. 137 f.)

Ellipse

Es geht um die Auslassung eines Satzteiles.

„*Qualität vor Schnelligkeit.*“ (Z. 568)

„*Wir gehen kleine Schritte, die aber konsequent und mit einer klaren Richtung.*“ (Z. 593 f.)

Katachrese

ist ein Bildbruch und „*beruht auf Vernachlässigung des logischen oder semantischen Zusammenhangs. Es kann zum Doppelsinn führen*“. (Malá, 2003, 72)

„*Das heißt, wir müssen Prinzipien anwenden und nicht Prinzipienanwendung und heilige Kühe durcheinander bringen.*“ (Z. 582 f.)

Parenthese (Einschub)

Die Rede ist sehr reich an Parenthesen.

„*Aber das kann man - das wissen auch Sie - nicht in einem halben Jahr schaffen...*“ (Z. 222 f.)

„*Wir sind da zu einer vernünftigen Lösung gekommen - auch das war ein Erfolg der großen Koalition -, die dazu führt, das...*“ (Z. 303 ff.)

3.2.4. Stilfiguren

3.2.4.1. Tropen

Hyperbel

Es ist die Übertreibung.

„*Lassen sie mich ... ein Wort zum Kündigungsschutz sagen.*“ (Z. 472 f.)

Litotes (Verneinung des Gegenteils.)

„Ich will mich damit heute nicht lange aufhalten.“ (Z. 103)

„... wir sind kein kinderfreundliches Land ...“ (Z. 437)

„Das ist nicht unumstritten.“ (Z. 459)

Metapher (Übertragung)

„eine Mauer um Deutschland ziehen“ (Z. 96 f.)

Periphrase

Eine Umschreibung durch Hervorhebung eines bestimmten und wichtigen Merkmals.

„*französische Freunde*“ (Z. 284 f.)

Personifikation

Abstrakte oder unbelebte Sachen bekommen menschliche Eigenschaften.

„...wo der Winter nur sehr langsam geht.“ (Z. 560)

Synekdoche

Umschreibung durch den engeren oder umfassenderen Begriff.

Totum pro parte

„... wie die Holländer es uns vorgemacht haben.“ (Z. 247 f.)

3.2.4.2. Syntaktische Stilfiguren

Anapher

Wörter oder Satzteile werden am Anfang der aufeinander folgenden Sätze wiederholt.

„... dass wir es nicht akzeptieren, wenn Menschenrechte missachtet werden,
dass wir es nicht akzeptieren, wenn die Religionsfreiheit einfach außer Kraft gesetzt
wird.“ (Z. 11 f.)

Asyndeton

Es ist die Aufzählung mit Verbindung ohne Konjunktion.

„...Menschen in China, in Indien, in den mittel- und osteuropäischen Staaten plötzlich
sagen...“ (Z. 84 f.)

Epanalepse

Wiederaufnahme eines Wortes oder Satzteiles.

„Denn in einer Zeit globaler Märkte, in einer Zeit, in der...“ (Z. 15)

„Für mich ist der ... Betrag von 6 Milliarden Euro kein fiskalisches Thema, kein Thema, bei dem...“ (Z. 346 f.)

Epizeuxis

Wörter, die hintereinander folgen, werden wiederholt.

„... wir können vielen, vielen Menschen ein besseres Leben garantieren.“ (Z. 599 f.)

Figura etymologica

Verb und Substantiv haben den gleichen Stamm.

„...steht ... auf dem Prüfstand...“ (Z. 24 f.)

Klimax

Gradierung vom Schwachen zum Starken.

„von anderen außerhalb Deutschlands, außerhalb Europas“ (Z. 81)

„von den Kommunen, über die Länder, bis zum Bund“ (Z. 426 f.)

Parallelismus

Gleicher Satzbau oder gleiche Wortreihenfolge. In dieser Rede wird er häufig verwendet.

„...dass wir nur die Dinge umsetzen, die wir gemeinsam umsetzen können.

Wir wollen nur die Maßnahmen umsetzen, die zu mehr Arbeitsplätzen führen.“ (Z. 479 ff.)

3.2.5. Persuasion

Eine der Aufgaben der politischen Rede besteht auch darin, die Zuhörer zu überzeugen und auf die eigene Seite zu neigen. Diesem Zweck dient die Persuasion, die in dieser Rede im hohen Maße vorkommt.

Dazu werden verschiedene Methoden angewendet. Zu diesen gehören auch die positiven Bewertungen zum Überzeugen und umgekehrt - die negativen Äußerungen sollen einige Verfahren oder Maßnahmen als falsch scheinen.

Eine wichtige Rolle spielt auch das Benutzen der Fach- und Fremdwörter. Das

unterstützt den gebildeten Klang der gesamten Rede, womit man das Vertrauen gewinnt und gleichzeitig wird damit die Eindeutigkeit gesichert und Mehrdeutigkeit vermieden.

Weil es sich in diesem Fall um eine der ersten Reden handelt, werden hier vor allem große Pläne besprochen und Strategien entwickelt. Oft betont Angela Merkel den Fakt, dass es nur 130 Tage nach dem Amtsantritt ist und deshalb kann sie fast keine bisherigen Erfolge nennen und damit ihre Position stärken.

Als Beispiele der Persuasion werden einige Passagen analysiert:

„...wir leben am Anfang des 21. Jahrhunderts in einer veränderten Welt, in einer Welt, die nach dem Ende des Kalten Krieges neue Gefährdungen kennt, in einer Welt, in der wir neue Wettbewerber haben. Das heißt, unser demokratisches Selbstverständnis steht insoweit auf dem Prüfstand, als wir in jedem einzelnen Fall beweisen müssen, ob wir es mit unserer Politik ernst meinen oder nicht.“ (Z. 22 ff.)

In diesem Teil spricht Angela Merkel über die heutigen Zeiten. Sie verfolgt damit das Ziel, auch die anderen Abgeordneten von der Richtigkeit ihrer Politik zu überzeugen. Diese Zeit wird äußerst negativ bewertet - mit Worten wie *„neue Gefährdungen“* (Z. 23) oder *„nach dem Ende des Kalten Krieges“* (Z. 23) versucht sie, die Zeit so darzustellen, dass man die Änderung für notwendig und passend hält.

„Wir sind in den letzten 130 Tagen schon mit vielen Dingen konfrontiert worden.“ (Z. 27) Dieser Satz beinhaltet das Überzeugen durch Beweisen der eigenen Kraft und Erfahrungen auf Grund der vielen Konfrontationen aus den ersten 130 Tagen nach dem Amtsantritt. Gleichzeitig wird damit angedeutet, dass die Regierung schon einiges überwunden hat und lässt sich nicht aufhalten.

„Aber das, was nicht geht, ist, traurig zu gucken, wenn uns eines Tages wieder Bilder von der Straße von Gibraltar erreichen, die zeigen, wie Flüchtlinge aus Afrika nach Europa kommen wollen, auf der anderen Seite aber dann, wenn wir von der UNO um Hilfe gebeten werden, Nein zu sagen und nicht mitzumachen.“ (Z. 57 ff.)

Durch ein sehr ausführliches Schildern der traurigen Situation der Flüchtlinge gelingt es, die überzeugende Kraft dieser Passage zu stärken. Es wird Mitleid hervorgerufen und man gewinnt den Eindruck, dass das Engagement in diesem Bereich erforderlich ist.

„Unsere demografische Entwicklung bedingt, dass wir miteinander auch über eine verlängerte Lebensarbeitszeit sprechen müssen. Diese Aussage war richtig und sie war mutig.“ (Z. 136 ff.)

Das Besprechen der Problematik der verlängerten Lebensarbeitszeit wird mit dem Adjektiv „richtig“ positiv bewertet, womit Angela Merkel ihre Meinung deutlich macht und was auch dazu beiträgt, dass sich auch die Anderen diese Position aneignen.

„Die Tatsache, dass drei Mitgliedstaaten der Europäischen Union - Frankreich, Großbritannien, Deutschland - gemeinsam Verhandlungen geführt haben und weiter in diesen Prozess eingebunden sind, stellt uns vor die Herausforderung, nicht nur passiv zu kommentieren, ob die Diplomatie eine Chance hat, sondern aktiv jeden Tag dafür zu arbeiten, dass Diplomatie zum Erfolg führt.“ (Z. 35 ff.)

Als Argument dient hier der Fakt, dass die drei Mitgliedstaaten gemeinsam verhandelt haben. Damit erzielt man den Eindruck, dass es sich um etwas von großer Wichtigkeit handelt, wenn sogar die Abgeordneten von drei Staaten darüber gesprochen haben. Und wenn bereits der Anfang so aufwendig war, dann kann man nicht aufhören und die bisherigen Bemühungen hinwerfen.

3.3. Analyse der Rede in der Haushaltdebatte am 28. 11. 2007

3.3.1. Inhalt

Am Anfang dieser Rede erinnert Angela Merkel die Zuhörer an den 50. Jahrestag der Römischen Verträge. Im Zusammenhang mit der Idee des friedlichen und freien Europa erwähnt sie die Konflikte in Kosovo und im Nahen Osten, konkret sind das Israel und Palästina. Sie macht sich Sorgen um die Sicherheit von Israel und verspricht ihr Bestes zu versuchen um „zu einem friedlichen Miteinander zu kommen“ (Z. 55) und betont wieder, dass die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik „auf Werten aufgebaut“ (Z. 58) ist.

Weiter sagt sie ihre äußerst positive Meinung zum Wachstum der deutschen Wirtschaft und zur Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt.

Die Rede besteht aus fünf thematischen Grundsätzen:

- Als erstes spricht sie über das **Haushaltsdefizit**. Sie beruft sich auf die Maastricht-Kriterien, dank denen das Haushaltsdefizit „in den letzten zwei Jahren halbiert worden“ (Z. 127 f.) ist.

- In dem zweiten Teil wird über **Arbeitsmarktreformen** gesprochen. Wieder spricht sie über Erfolge ihrer Regierung, was dieses Thema betrifft und gleichzeitig setzt sie sich neue Ziele.
- Im Bereich **Forschung und Innovation** berührt sie zwei deutsche Nobelpreisträger für Physik und Chemie. Sie ist überzeugt von dem großen deutschen Potential und deshalb ist nach ihrer Meinung notwendig, die Bedingungen zu verbessern.
- Auch in dem vierten Teil - **Klimaschutz und Energiepolitik** - prahlt sie mit den Erfolgen Deutschlands, dass es *„sowohl seine Hausaufgaben gemacht hat als auch seine internationalen Aufgaben im Rahmen von G 8 und der EU-Präsidentschaft erledigt hat.“* (Z. 369 f.)
- Der fünfte Grundsatz heißt: *„Innen- und Außenpolitik sind nicht mehr zu trennen, sondern sie wachsen zusammen, und dies macht unsere Politik aus.“* (Z. 427 f.)

Bei dem Vortrag dieser Rede besitzt Angela Merkel schon einige Erfahrungen in ihrer Position und vor allem Erfahrungen vom öffentlichen Reden, deshalb kann sie es sich leisten, mehr bei ihrem Reden zu provozieren. Sie hat auch mehr Selbstbewusstsein, was man deutlich spüren kann.

Diese Rede ist etwas kürzer, was aber den Stil betrifft, ist sie mehr aggressiv. Merkel erwähnt in dieser Rede viele ihrer bisherigen Erfolge, denn es sind inzwischen zwei Jahre ihrer Regierung vergangen. Sie enthält Phrasen, die ihrer Rede mehr Emotionalität und einen mutigen Charakter verleihen, wie z. B. *„Meine Güte, wirklich!“* (Z. 288) oder *„Mein Gott, wir wissen ja Bescheid!“* (Z. 310), die es in der ersten Rede nicht gab.

3.3.2. Adressaten, Textfunktion

Diese Rede wurde ebenso an den Bundestagspräsidenten und die Abgeordneten des Bundestags gerichtet. Präsentiert wurde sie bei der Generaldebatte zum Haushalt am 28. 11. 2007 im Parlament. Vorgetragen wurde sie von Angela Merkel in mündlicher Form vor der Koalition und Opposition. Sie präsentiert die Erfolge der Regierung unter Angela Merkel.

Die Rede ist formell, offiziell und enthält viele Andeutungen auf das bisherige Geschehen. Auch diese Rede hat vor allem die Appellativfunktion, dann auch Kontakt- und Informationsfunktion.

3.3.3. Stilelemente

3.3.3.1. Lexikalische Stilelemente

Eigennamen

In dieser Rede gibt es deutlich weniger Eigennamen. Erwähnt werden Israel, Palästina, Iran, Kosovo, Großbritannien etc. Vor allem dem Staat Israel widmet Angela Merkel besondere Aufmerksamkeit, denn es ist das aktuelle Thema. Sie spricht über die Situation im Nahen Osten:

„Jetzt scheint es neuen Grund zur Hoffnung zu geben, dass der Traum eines friedlichen Miteinanders von Israel und Palästina doch wahr werden könnte.“ (Z. 15 f.)

Namentlich erwähnt werden *„Lieber Herr Westerwelle...“* (Z. 289 f.) und *„Frau Künast“* (Z. 336).

Fachwörter

Im Text sind viele Fachwörter aus der Politik und Wirtschaft zu finden, wie z. B. *„Amtsantritt“* (Z. 92), *„Forderung“* (Z. 145), *„Erbschaftsteuer“* (Z. 149), *„Haushalt“* (Z. 151) etc.

Fremdwörter und Internationalismen

Angela Merkel benutzt auch viele Fremdwörter und Internationalismen, die ihrer Rede einen komplizierten und gebildeten Klang verleihen. Unter anderen sind das auch *„Protektionismus“* (Z. 71), *„Engagement“* (Z. 73), *„Reputation“* (Z. 78), *„Reform“* (Z. 86), *„Niveau“* (Z. 175), *„konsequent“* (Z. 200), *„Quartal“* (Z. 229), *„Koalition“* (Z. 261) oder *„Etat“* (Z. 275) etc.

Funktionsverbgefüge

„wir haben... Vorsorge getroffen“ (Z. 191 ff.)

„viele Menschen machen sich Sorgen“ (Z. 222)

„eine bessere Antwort zu geben“ (Z. 356) etc.

Komposita

Die Rede ist reich an Komposita. Es gibt dort ziemlich lange Zusammensetzungen, die den ganzen Text sehr kompliziert scheinen lassen, wie z. B. *„Arbeitslosenversicherungsbeiträge“* (Z. 188) *„Mindestarbeitsbedingengesetz“* (Z. 268) etc.

Es gibt da auch viele adjektivische Komposita:

„*leichtfertig*“ (Z. 103)

„*langfristig*“ (Z. 137) etc.

Modellbildung

Mehrmals gibt es da „*Schritt für Schritt*“ (Z. 188, 220 f., 228, 322)

Modewörter

„*herummeckern*“ (Z. 288) Dieses Beispiel kann man auch für Onomatopöie halten.

Neologismen

Es sind neu entstandene Wörter, meistens aus den fremden Sprachen. Die meisten stammen aus dem Englischen.

In einigen Fällen entstanden die Neologismen durch die neu gewonnene Bedeutung eines alten Wortes.

„*abchecken*“ (Z. 48)

„*Job*“ (Z. 95)

„*fair*“ (Z. 168)

„*Warteschleife*“ (Z. 313)

Phraseologismus

„*zwei Seiten einer Medaille*“ (Z. 60)

„...*dass wir uns auf irgendwelchen Lorbeeren ausruhen dürfen.*“ (Z. 103 f.)

„... *die Hände in den Schoß zu legen.*“ (Z. 436 f.)

Pragmatische Phraseologismen

„*Meine Damen und Herren*“ (Z. 285)

„*Herzlichen Dank*“ (Z. 443) etc.

Onymische Phraseme

erfüllen die Funktion der Eigennamen.

„*der Nahe Osten*“ (Z. 10)

3.3.3.2. Syntaktische Stilelemente

Asyndeton

Gehört zu den Elementen der Häufung.

„Weniger ältere Arbeitslose, weniger Langzeitarbeitslose, mehr junge Menschen, die eine Chance haben!“ (Z. 92 f.) (auch Antithese, Ausruf, Ellipse)

„Die amerikanische Immobilienkrise, der hohe Ölpreis, der starke Euro, steigende Lebensmittelpreise - das alles kennen wir. (Z. 115 f.) (auch Prolepse)

Ausruf

„Meine Güte, wirklich!“ (Z. 298)

„Weniger ältere Arbeitslose, weniger Langzeitarbeitslose, mehr junge Menschen, die eine Chance haben!“ (Z. 92 f.) (auch Antithese, Asyndeton, Ellipse)

Frage

„Wie sieht es aus mit unseren Fachkräften, mit der Bildungssituation und mit der Ausschöpfung dessen, was wir an menschlicher Kraft in unserer Gesellschaft haben?“ (Z. 305 ff.)

Sätze

In dieser Rede gibt es vorwiegend längere Sätze, mehrfach zusammengesetzte Sätze. Es gibt da aber auch sehr kurze Sätze zum Betonen des Inhalts:

„Das ist die Wahrheit.“ (Z. 293)

Rhetorische Frage

„Warum soll Deutschland dies nicht tun?“ (Z. 71)

3.3.3.3. Morphologische Stilelemente

Modalverben

Interessant ist, dass bei dieser Rede deutlich weniger Modalverben benutzt werden. Im Unterschied zur ersten Rede kommt am häufigsten „können“ vor. „Mögen“ gibt es sogar nur einmal, als Konjunktiv II. Bei der ersten Rede war am ersten Platz „müssen“, was der Rede einen Pflichteifer und Klang der Dringlichkeit verleiht. Im Falle dieser Rede gewinnt man den Eindruck, dass die Situation nicht mehr so kritisch ist und Vieles hat sich deutlich verbessert. Das unterstützen auch die Aufzählungen von

bisherigen Erfolgen, die Angela Merkel reichlich erwähnt. Deshalb „muss“ man nicht mehr so viele Maßnahmen dringend ergreifen, sondern in dem bisherigen Tempo fortsetzen, denn es hat sich bewiesen, dass es Deutschland „kann“.

Modalpartikeln

Sie treten als ein untrennbarer Teil der Rede auf. Sie dienen der Emotionalität, Subjektivität und unterstützen den gesamten Stil der Rede:

„*Mein Gott, wir wissen ja Bescheid.*“ (Z. 310)

Numeralien

Häufig sind auch Numeralien. Wie auch in der vorigen Rede, auch in dieser dienen sie der Gliederung in thematische und logische Teile:

„*Erstens.*“ (Z. 124)

„*Der zweite Grundsatz*“ (Z. 171)

Im großen Ausmaß gibt es da vor allem Kardinalzahlen:

„*Diese drei Beispiele...*“ (Z. 56)

„*Wir sind vom World Economic Forum von Platz sieben auf Platz fünf hochgestuft worden.*“ (Z. 84 f.)

Ordinalzahlen:

„*Sie wirkt schon im dritten Jahr.*“ (Z. 102)

Mehr als in der vorigen Rede kommen Prozent, Bruchzahlen und unbestimmte Zahlwörter vor:

„*Dieses Jahr können wir 2,4 Prozent erwarten, nächstes Jahr um die 2 Prozent.*“ (Z. 82 f.)

„*1 Million weniger Arbeitslose seit Amtsantritt dieser Regierung! Weniger ältere Arbeitslose, weniger Langzeitarbeitslose, mehr junge Menschen, die eine Chance haben!*“ (Z. 91 ff.)

„*... und wonach auf der Basis der Steuerschätzungen zwei Drittel der Einnahmen in den Schuldenabbau, aber ein Drittel in Investitionen für die Zukunft gesteckt werden.*“ (Z. 138 ff.)

Substantive

Auch im Falle dieser Rede geht es um den nominalen Stil. Die benutzten Substantive machen die Rede statisch. Weil es sich in vielen Fällen um Fremdwörter

oder Fachwörter handelt, wirkt die Rede kompliziert, fachlich und gebildet. Sehr oft kommt es sogar zur Häufung von Substantive:

„Das sind die ersten Erfolge der Politik der Bundesregierung nach der Sanierung des Bundeshaushalts.“ (Z. 232 f.)

Verben

Die Verben sind in der 1. Person Plural konjugiert. Wieder spricht Angela Merkel als die Vertreterin der Regierung und identifiziert sich mit den Aufgaben der gesamten Regierung und will nicht isoliert auftreten. Bei der Beschreibung der Vergangenheit benutzt sie vor allem Perfekt, obwohl man auch Beispiele von Präteritum finden kann:

„Im Jahre 2005 lag die Staatsquote bei 46,9 Prozent.“ (Z. 242)

Beim Reden über die Pläne gibt es selten Präsens, häufig kommt Futur I vor:

„Wir werden den Weg für mehr Beschäftigung weitergehen.“ (Z. 248)

3.3.3.4. Phonetische Stilelemente

Auch im Falle dieser Rede ist es nicht möglich, alle phonetischen Stilelemente genügend zu untersuchen, denn zur Verfügung steht nur die schriftliche Form. **Graphische Mittel** werden nicht benutzt. Von den **Klangmitteln** kommt am häufigsten Alliteration vor.

Für Onomatopöie gibt es in dieser Rede ein Beispiel.

Alliteration

Gleiche Anfangsbuchstaben der aufeinander folgenden Wörter.

„in Frieden und Freiheit verbundenes Europa“ (Z. 4 f.)

„auf wunderbare Weise Wirklichkeit geworden“ (Z. 6)

„die anderen Aktivitäten unserer Außenpolitik“ (Z. 56 f.)

„Fördern und Fordern“ (Z. 200)

„vereinfachen und verbessern“ (Z. 251)

„Riester-Rente“ (Z. 330)

Onomatopöie (Lautmalerei)

„herummeckern“ (Z. 298)

3.3.3.5. Abweichungen vom regulären Satzbau

Ellipse

ist die Auslassung eines Wortes oder Satzteiles, der nach dem Kontext leicht ergänzt werden kann.

„Damit wir Erfolg haben, sind zwei Dinge unabdingbar: Entschlossenheit und Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft.“ (Z. 34 f.)

„1 Million zusätzliche Arbeitsplätze seit Amtsantritt dieser Regierung!

1 Million weniger Arbeitslose seit Amtsantritt dieser Regierung!“ (Z. 90 ff.) (auch Ausruf, Complexio, Parallelismus)

„Das bedeutet: Sanierung der Staatsfinanzen.“ (Z. 124 f.)

Parenthese (Einschub)

Die Parenthesen kommen wie auch in der älteren Rede häufig vor und enthalten oft zusätzliche Informationen, die die Bedeutung des ganzen Satzes ergänzen.

„Heute - so haben wir es dann in der Berliner Erklärung geschrieben - sind wir Europäer zu unserem Glück vereint.“ (Z. 6 ff.)

„Insbesondere im Nahen Osten sucht die Weltgemeinschaft - und dies jetzt seit Jahrzehnten - nach Möglichkeiten für eine umfassende Friedenslösung.“ (Z. 10 ff.)

„Der Beschäftigungsaufbau geht - das sagen auch die Unternehmen - 2008 weiter.“ (Z. 93 f.)

Prolepse

Die Prolepse entsteht durch die Wiederaufnahme eines voranstehenden Satzteiles.

„Die amerikanische Immobilienkrise, der hohe Ölpreis, der starke Euro, steigende Lebensmittelpreise - das alles kennen wir.“ (Z. 115 f.) (auch Asyndeton)

3.3.4. Stilfiguren

3.3.4.1. Tropen

Ironie

ist „eine Umschreibung durch Behaupten des Gegenteils, in der Rede oft mit entsprechenden Intonation.“ (Malá, 2003, 85)

„wirklich ‚schlechte‘ Nachricht“ (Z. 239 f.)

Litotes

Verneinung des Gegenteils.

„Es ist nicht richtig, dass wir darüber die Solidarität ... außer Acht gelassen hätten.“
(Z. 190 f.)

„Strom und Energie sind nicht zu billig.“ (Z. 391)

Metapher

beruht auf „Bedeutungsübertragung von einem Gegenstand auf einen anderen auf Grund der äußeren oder inneren Ähnlichkeitsbeziehungen.“ (Malá, 2003, 80)

„schmerzliche Erfahrung“ (Z. 6)

Metonymie

Bei der Metonymie geht es um die Umbenennung.

„... das war natürlich nicht die Regierung“ (Z. 290)

Personifikation

Eigenschaften der Menschen werden auf abstrakte, unbelebte Dinge übertragen. Sie gilt als eine Sonderart der Metapher.

„..., dass Deutschland ... seine Hausaufgaben gemacht hat...“ (Z. 368 f.)

„Steigende Preise bei Öl, Gas und Strom versprechen...“ (Z. 389)

Synekdoche

Es ist die Umschreibung einer Benennung durch einen engeren oder umfassenderen Begriff.

Totum pro parte - das Ganze für einen Teil

„als Deutscher in Amerika“ (Z. 292 f.) (= deutsche Forscher)

„Deutschland ... Hausaufgaben gemacht hat,...“ (Z. 368 f.)

3.3.4.2. Syntaktische Stilfiguren

Anadiplose

Am Anfang des folgenden Satzes steht das letzte Wort des vorigen Satzes.

„Dies ist uns bewusst, aber bewusst ist uns vor allen Dingen...“ (Z. 437)

Anapher

beruht auf dem Prinzip der wörtlichen Wiederholung am Anfang der aufeinander folgenden Sätze oder Satzteile. In dieser Rede gehört es zu den häufigsten Stilfiguren.

„Wir wollen die Arbeitnehmerbeteiligung in Form des Investivlohns.

Wir wollen die Sanierung der öffentlichen Gebäude voranbringen.

Wir wollen die Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen vereinfachen...“ (Z. 248 ff.)

Antiklimax

ist der Übergang vom starken Ausdruck zum schwachen. Das Gegenteil bildet die Klimax.

„Ich danke dem Finanzminister, ich danke den Haushältern, und ich danke den Fraktionen für die Kooperation auf diesem Gebiet.“ (Z. 141 f.)

Antithese

Bei Antithese handelt es sich um Entgegenstellung der Satzteile mit gegensätzlichem Inhalt.

„Bei Nichtkooperation des Iran sind weitere und schärfere Sanktionen unausweichlich; bei Kooperation wiederum liegen sehr gute Angebote für den Iran auf dem Tisch.“ (Z. 32 ff.)

„Weniger ältere Arbeitslose, weniger Langzeitarbeitslose, mehr junge Menschen, die eine Chance haben!“ (Z. 92 f.) (auch Asyndeton, Ausruf, Ellipse)

Asyndeton

Das Asyndeton wurde bereits als einer der syntaktischen Stilelemente erwähnt. Es handelt sich um Verbindung der Satzteile ohne Konjunktion.

„Sanieren, Reformieren, Investieren.“ (Z. 226)

Epanalepse

Wiederaufnahme eines Wortes oder Satzteiles.

„...Europa ein bloßer Traum war, ein Traum, der...“ (Z. 5)

„...gemeinsam ringend um die richtigen Antworten, ja, ringend um die richtigen Antworten, aber mit Entschlossenheit...“ (Z. 440 f.)

Klimax

Die Klimax gilt als Figur der Steigerung. Gradiert werden die Aufzählungen vom schwachen zum starken Ausdruck.

„...die Familienunternehmen, die oft über Jahre und Jahrzehnte in Deutschland ihre Heimat haben...“ (Z. 167 f.)

„Die Linie der Bundesregierung ist daher auch für das nächste Jahr und das übernächste Jahr ‚Sanieren, Reformieren, Investieren‘.“ (Z. 225 f.) (enthält auch Asyndeton)

Parallelismus

Mehrere Sätze haben derselben Bau, Reihenfolge der Worte.

„Arbeit ist die beste Form der Teilhabe;

Arbeit ist die beste Form der Chancengerechtigkeit.“ (Z. 224) (auch Anapher)

Paronomasie

Ein Wortspiel, das auf dem Verwenden phonetisch ähnlicher Worten beruht.

„Thema Klima“ (Z. 409)

Symploke (Kombination von Anapher und Epipher)

„1 Million zusätzliche Arbeitsplätze seit Amtsantritt dieser Regierung!

1 Million weniger Arbeitslose seit Amtsantritt dieser Regierung!“ (Z. 90 ff.) (auch Ausruf)

3.3.5. Persuasion

Bei der Gestaltung dieser Rede hatte Angela Merkel den Vorteil, dass es schon eine längere Zeit nach dem Amtsantritt war. Sie kann deshalb ihre bisherigen Erfolge erwähnen und sie zu ihrer Gunst ausnutzen.

Wenn man schon einige Probleme erfolgreich bewältigt hat, dann kann man leichter die Anderen von der Richtigkeit der eigenen Handlung überzeugen. Das hat auch Angela Merkel genutzt.

„Auf dieser Grundlage haben wir durch unser gemeinsames Engagement in der Koalition das Ansehen Deutschlands in der Welt in den letzten zwei Jahren gemehrt.“ (Z. 73 f.)

Auch später in der Rede werden wieder und wieder ihre Erfolge erwähnt um die Überzeugungskraft der Rede zu stärken. Die Rede enthält auch viele positive Bewertungen: „*Sie sind da, sie sind gut, und sie sind richtig.*“ (Z. 129 f.)

„*Jetzt werden Sie sagen, dass wir darum manchmal in dieser Koalition ringen. Ja, das tun wir - das gebe ich ganz freimütig zu -, aber immer in dem Geist, dass wir Arbeitsplätze schaffen und alles verhindern wollen, was Arbeitsplätze kostet.*“ (Z. 110 ff.)

Das Überzeugende in dieser Passage besteht in der Direktheit, mit der Angela Merkel ihre möglichen Fehler zugibt. Sie äußert keine Befürchtungen oder Angst und präsentiert sich selbstsicher, was Vertrauen schafft. Weiter aber argumentiert sie sofort ihr Handeln mit dem, dass sie alles nur für die Deutschen und für das Gewinnen neuer Arbeitsplätze macht.

„*Ich will hier daran erinnern, womit wir begonnen haben: Wir haben mit einem strukturellen Defizit von 50 bis 60 Milliarden Euro begonnen. Faktisch war das Defizit bei über 30 Milliarden Euro. Dass wir bei Wachstum, Beschäftigung und Haushaltssanierung heute so dastehen, wie wir dastehen, ist nur durch den Dreiklang "Sanieren, Reformieren und Investieren" möglich gewesen.*“ (Z. 234 ff.)

Durch das Erinnern an die Anfänge der Reformen wurde auch die persuasive Funktion erfüllt. Bei dem Betonen der harten Anfänge bekommt man den Eindruck, dass man alles schaffen kann, auch wenn es auf den ersten Blick unmöglich ist. Gleich danach kommt die positive Bewertung des Programms „Sanieren, Reformieren und Investieren“, dank dem man gute Ergebnisse erzielt hat. Auf der anderen Seite entsteht ein effektiver Kontrast zwischen der Höhe des Defizits am Anfang und den Erfolgen in der heutigen Zeit. Das alles dient dann der Hervorhebung der Funktionalität ihres Programms.

„*Ich bitte darum, keine schnelle, sondern die richtige Antwort zu finden, um den Kindern in Deutschland wirklich zu helfen.*“ (Z. 352 f.)

Hiermit wird die Persuasion zielend auf die Emotionalität der Abgeordneten gerichtet. Mit der Auswahl des Wortes „den Kindern“ verlässt sich Angela Merkel auf die Wirkung der Gefühle

4. ZUSAMMENFASSUNG

Diese Arbeit befasste sich mit den stilistischen und persuasiven Mitteln der politischen Rede. Aufgeteilt wurde sie in den theoretischen und den praktischen Teil.

Der theoretische Teil beschrieb die Beziehung zwischen Politik und Sprache und die Grundrisse der politischen Rede. Im Allgemeinen kann man sagen, dass es für die Gestaltung einer Rede keine fest gesetzten Regeln gibt. Als Nächstes wurden die Grundinformationen über die Stilistik gesammelt. Es wurde der Begriff Stil erklärt und die Stilelemente in 4 Gruppen geteilt:

- lexikalische Stilelemente
- syntaktische Stilelemente
- morphologische Stilelemente
- phonetische Stilelemente

Als Mittel der Stilistik dienen auch die Tropen und Figuren, die weiter in dem praktischen Teil analysiert wurden.

Eine selbstständige Kapitel widmete sich dem Thema Persuasion. Es handelt sich um das Überzeugen in der Rede, dass durch Argumentieren erzielt wird. Es gibt aber keine feste Regeln und Definitionen der Persuasion.

In dem praktischen Teil wurden zwei Reden von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Beide stammen aus der Haushaltsdebatte.

Die erste Rede ist vom 29. März 2006. Hier werden vor allem die Pläne in die Zukunft beschrieben. Diese Rede ist umfangreicher als die zweite und enthält viele Stilelemente. Sie ist reich an Tropen und Figuren, obwohl sie auf den ersten Blick nicht offenbar sind.

- **Lexikalische Ebene** - Eigennamen, Fremdwörter, Fachwörter, Neologismen, Phraseologismen, Funktionsverbgefüge und pragmatische Phraseologismen
- **Syntaktische Ebene** - Asyndeton, Aufforderungssätze, rhetorische Frage, Hypotaxe, Parenthese
- **Morphologische Ebene** - Modalpartikeln, Modalverben, Numeralien
- **Phonetische Ebene** - Alliteration
- **Abweichungen** - Apposition, Katachrese, Ellipse, Parenthese
- **Tropen** - Hyperbel, Litotes, Metapher, Periphrase, Personifikation, Synekdoche
- **Syntaktische Stilfiguren** - Anapher, Asyndeton, Epanalepse, Epizeuxis,

Figura etymologica, Klimax, Parallelismus

Am häufigsten kommen die Elemente der syntaktischen Ebene vor. Die Rede ist sehr reich an Parenthesen. Die Tropen gibt es auch, aber im kleineren Maß. Die syntaktischen Figuren dagegen kommen sehr oft vor, vor allem die Anapher, Asyndeton und Parallelismus.

Die zweite Rede ist vom 28. November 2007 und ist ebenso Teil der Haushaltsdebatte. Sie ist etwas kürzer als die erst erwähnte Rede. Was den Inhalt betrifft, wirkt sie mehr aggressiv und entschlossen. Natürlich werden hier die Pläne in das nächste Jahr beschrieben, obwohl sich die Rede auf die bisherigen Erfolge stützt. Sie werden hier reichlich beschrieben, was sie von der ersten unterscheidet. Sie enthält ungefähr die gleichen Stilelemente und Tropen.

- **Lexikalische Ebene** - Eigennamen, Fachwörter, Fremdwörter, Funktionsverbgefüge, Komposita, Modewörter, Neologismen, Numeralia, Phraseologismen, pragmatische Phraseologismen, onymische Phraseologismen
- **Syntaktische Ebene** - Asyndeton, Ausruf, Frage, rhetorische Frage
- **Morphologische Ebene** - Modalpartikeln, Modalverben, Numeralien
- **Phonetische Ebene** - Alliteration, Onomatopöie
- **Abweichungen** - Ellipse, Parenthese, Prolepse
- **Tropen** - Ironie, Litotes, Metapher, Metonymie, Personifikation, Synekdoche
- **Syntaktische Stilfiguren** - Anadiplose, Anapher, Antiklimax, Antithese, Asyndeton, Epanalepse, Klimax, Parallelismus, Paronomasie, Sympleke

Auch in dieser Rede werden vor allem die Mittel auf der syntaktischen Ebene bevorzugt. So kommen sehr häufig Figuren wie Asyndeton, Anapher, Parallelismus oder Parenthese vor.

Im Allgemeinen kann man sagen, dass beide Reden gleich reich an Stilelementen sind. Sie beinhalten ungefähr die gleichen stilistischen Mittel und verwenden dieselben persuasiven Strategien, um die Zuhörer zu überzeugen. Auch der Aufbau ist in beiden Reden kompliziert, die Sätze sind lang, es gibt da sehr viele Komposita.

Das Ziel dieser Arbeit war das Beweisen der Präsenz verschiedener Mittel in der politischen Rede und dieses Ziel wurde erfüllt, denn, wie man sieht, die Reden verwenden die verschiedensten stilistischen Mittel um dem Zweck zu folgen.

5. LITERATURVERZEICHNIS

ARISTOTELES. *Poetika Rétorika Politika*. Bratislava : Tatran, 1980. 203 s.

FLEISCHER, Wolfgang, MICHEL, Georg. *Stilistik der deutschen Gegenwartssprache*. 2. Auflage. Frankfurt am Main : Peter Lang, 1993. 341 s. ISBN 3631306407.

GEIßNER, Hellmut. *Rhetorik*. 3. durchgesehene Auflage. München : Bayerischer Schulbuch-Verlag, 1976. 176 s. ISBN 3-7627-2110-6.

HOLLY, Werner. *Politikersprache : Inszenierungen und Rollenkonflikte im informellen Sprachhandeln eines Bundestagsabgeordneten*. 1. Auflage. Berlin : Walter de Gruyter & Co, 1990. 406 s. ISBN 311012307X.

MALÁ, Jiřina. *Einführung in die deutsche Stilistik*. Brno : Masarykova univerzita Brno, 1993. 135 s. ISBN 80-210-0822-9.

MICHEL, Georg, et al. *Sprachliche Kommunikation : Einführung und Übungen*. 1. Auflage. Leipzig : VEB Bibliographisches Institut, 1986. 256 s.

MIKULOVÁ, Anna. Diskurs-, Metapher- und Persuasionsproblematik in den publizistischen Texten aus Internet-Seiten, die das Thema der Gesundheit betreffen. In Masarykova univerzita v Brně. *Sborník prací Filozofické fakulty brněnské univerzity*. 2005. s. 95.

MISTRÍK, Jozef. *Rétorika*. 3. vyd. Bratislava : Slovenské pedagogické nakladateľstvo, 1987. 207 s.

SPILLNER, Bernd. *Linguistik und Literaturwissenschaft : Stilforschung, Rhetorik, Textlinguistik*. Stuttgart : W. Kohlhammer, 1974. 147 s. ISBN 3170017349.

Elektronische Quellen

Die Bundeskanzlerin [online]. c2008 [cit. 2008-03-23]. Dostupný z WWW: <<http://www.bundeskanzlerin.de/Web/BK/DE/Homepage/home.html>>.

Wikipedia - Die freie Enzyklopädie [online]. 1999 [cit. 2008-03-22]. Dostupný z WWW: <<http://de.wikipedia.org>>.

Funktionsverbgefüge - nach Nomen geordnet [online]. 2005 [cit. 2008-03-28]. Dostupný z WWW: <http://dietz-und-daf.de/GD_DkfA/Gramminfo/txt_MII2/FVG-Liste2.pdf>.

Redensarten-Index [online]. [1998-] [cit. 2008-03-28]. Dostupný z WWW: <<http://redensarten-index.de/suche.php>>.

WELLER, Jochen. *Sammlung rhetorischer Stilmittel* [online]. c2000-2008 [cit. 2008-04-20]. Dostupný z WWW: <<http://gereimt.de/fibel/stilmittel/>>.

BEILAGEN

Rede in der Haushaltsdebatte am 29. 3. 2006

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir zunächst eine Vorbemerkung. Wir alle haben gestern die Nachricht von der Freilassung des Afghanen Abdul Rahman gehört. Ich denke, wir sind uns in diesem Hohen Hause einig: Wir haben diese Nachricht mit großer Erleichterung aufgenommen.

5 Es war für uns schon erschütternd, zu hören, dass Herrn Rahman der Tod drohte, nur weil er zum Christentum konvertiert ist. Ich möchte deshalb allen danken, die die Bemühungen der Bundesregierung um seine Freilassung unterstützt haben. Denn es war die einhellige Unterstützung in unserem Land und international, die dazu geführt hat, dass er freigelassen worden ist.

10 Warum sage ich das zu Beginn? Ich sage das, weil wir damit deutlich gemacht haben, dass wir es nicht akzeptieren, wenn Menschenrechte missachtet werden, dass wir es nicht akzeptieren, wenn die Religionsfreiheit einfach außer Kraft gesetzt wird. Wir akzeptieren das aus zwei Gründen nicht: weil es zum einen um das Schicksal einzelner Menschen geht, weil wir es den Betroffenen schuldig sind, zum anderen aber auch uns **15** selbst. Denn in einer Zeit globaler Märkte, in einer Zeit, in der wir international vor großen Herausforderungen stehen, in einer solchen Zeit dürfen wir unsere Werte der Demokratie und der Menschenrechte nicht nur im Munde führen, sondern wir müssen sie auch behaupten. Das können wir nur, wenn wir entschlossen und ohne Zögern für sie eintreten, damit auch außerhalb unseres Landes erkennbar wird, dass wir sie **20** behaupten wollen.

Wir müssen uns immer wieder selbst vergewissern, dass wir das wollen; denn wir leben am Anfang des 21. Jahrhunderts in einer veränderten Welt, in einer Welt, die nach dem Ende des Kalten Krieges neue Gefährdungen kennt, in einer Welt, in der wir neue Wettbewerber haben. Das heißt, unser demokratisches Selbstverständnis steht **25** insoweit auf dem Prüfstand, als wir in jedem einzelnen Fall beweisen müssen, ob wir es mit unserer Politik ernst meinen oder nicht.

Wir sind in den letzten 130 Tagen schon mit vielen Dingen konfrontiert worden. Ich denke nur an den Karikaturenstreit, durch den uns bewusst geworden ist, dass auch unsere Grundwerte - auf der einen Seite die Pressefreiheit, auf der anderen Seite die **30** Religionsfreiheit - immer wieder in einem Spannungsverhältnis stehen. Ich denke auch - das wurde heute schon angesprochen - an die Diskussion über den Iran und die Frage, inwieweit wir verhindern können, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen kommt, und inwieweit Deutschland in diesem Prozess - im Übrigen seit Jahren - Verantwortung übernommen hat.

35 Die Tatsache, dass drei Mitgliedstaaten der Europäischen Union - Frankreich, Großbritannien, Deutschland - gemeinsam Verhandlungen geführt haben und weiter in diesen Prozess eingebunden sind, stellt uns vor die Herausforderung, nicht nur passiv zu kommentieren, ob die Diplomatie eine Chance hat, sondern aktiv jeden Tag dafür zu arbeiten, dass Diplomatie zum Erfolg führt. Wenn an diesem Donnerstag ein Treffen der **40** Außenminister von sechs Staaten stattfindet, dann beweist Deutschland damit, dass es seine Chance in diesem Prozess nutzen und deutlich machen will, was in der internationalen Gemeinschaft geht und was nicht geht und wo Schranken gesetzt werden müssen.

Wir haben in dieser Woche über die Frage gesprochen, ob sich Deutschland im **45** Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Kongo

engagieren soll. Das ist eine schwierige Frage. Es kann niemand sagen, dass es im Kongo keinerlei Risiken gibt. Wir haben uns aber seit Jahren in einem diplomatischen Prozess und in der Entwicklungshilfe engagiert und wir haben dafür gesorgt, dass demokratische Strukturen langsam eine Chance bekommen können. Wir haben Geld **50** investiert, wir haben Polizisten ausgebildet und wir haben dafür Sorge getragen, dass dort heute nicht mehr Millionen von Menschen umkommen. Das ist ein Riesenerfolg und diejenigen, die das selber beobachtet haben, wie das einige Kollegen getan haben, haben davon berichten können.

Jetzt stellt sich eine ganz entscheidende Frage: Gelingt es, dort Wahlen **55** durchzuführen, und soll sich die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik dort für einen begrenzten Zeitraum engagieren? Darüber muss intensiv diskutiert werden. Aber das, was nicht geht, ist, traurig zu gucken, wenn uns eines Tages wieder Bilder von der Straße von Gibraltar erreichen, die zeigen, wie Flüchtlinge aus Afrika nach Europa kommen wollen, auf der anderen Seite aber dann, wenn wir von der UNO **60** um Hilfe gebeten werden, Nein zu sagen und nicht mitzumachen. Das geht nicht.

Natürlich geht es bei diesen Fragen nicht nur um militärische Unterstützung. Der Prozess im Kongo zeigt das. Ich kann das für den gesamten Bereich der Entwicklungspolitik sagen. Herr Kuhn, ich bekenne mich heute noch einmal zu der ODA-Quote. Ich sage Ihnen aber auch, dass die Wege, die dorthin führen, noch nicht **65** genau beschrieben sind. Unsere Glaubwürdigkeit wird aber auch davon abhängen, ob wir unsere internationalen Verpflichtungen einhalten.

Ich muss allerdings leise darauf hinweisen, dass auch vergangene Regierungen - nicht nur die letzte, sondern auch schon die vorletzte - nicht immer konsequent waren. Ich sage Ihnen nur: Die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts werden uns immer **70** stärker dazu zwingen, auch an dieser Stelle deutlich zu machen, dass wir glaubwürdig sind, weil ansonsten andere auf der Welt uns und unsere Wertvorstellungen nicht ernst nehmen. Ich glaube, dass die Dringlichkeit in den nächsten Jahren zunimmt. Daraus wird sich die Erfüllung unserer Verpflichtungen ergeben.

Ich bin froh, dass wir uns im Zusammenhang mit Weißrussland in der **75** Europäischen Union, aber auch hier in Deutschland ganz klar geäußert haben. Die dortige Opposition bedarf unserer Unterstützung, weil Opposition zu einem demokratischen Gemeinwesen gehört. Als demokratisches Gemeinwesen kann man Weißrussland leider noch nicht bezeichnen. Es gab dort massive Wahlfälschungen und das muss benannt werden.

80 Ich sage das deshalb zu Beginn meiner Rede, weil das Eintreten für Werte unsererseits von anderen außerhalb Deutschlands, außerhalb Europas beobachtet wird und weil das konsequente Eintreten für Werte natürlich auch Respekt verschafft, und zwar in einer Welt, in der wir auch ökonomisch vor neuen Herausforderungen stehen. Diese neuen Herausforderungen haben damit zu tun, dass Menschen in China, in Indien, **85** in den mittel- und osteuropäischen Staaten plötzlich sagen: Auch wir haben jetzt die Möglichkeit, am Wettbewerb teilzunehmen; auch wir wollen, dass unser Lebensstandard steigt. Wir können nicht erklären, warum wir zwar für uns etwas in Anspruch nehmen, es anderen aber nicht gönnen. Das wäre keine demokratische Haltung.

90 Wegen des verstärkten Wettbewerbs sind wir aufgefordert, deutlich zu machen, was wir wollen. Wir sind für das Modell der sozialen Marktwirtschaft, für den Ausgleich zwischen sozialer Gerechtigkeit und wirtschaftlicher Stärke, für die Teilhabe jedes Einzelnen, für die Unteilbarkeit der Menschenrechte, für die Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Das sind unsere Maßstäbe. Sie müssen sich jetzt in einer Welt **95** beweisen, die wir nicht durch Abschottung gestalten können. Nachdem wir die

Mauer durch Deutschland beseitigt haben, können wir jetzt nicht eine Mauer um Deutschland ziehen. Nach meiner Auffassung müssen wir deutlich machen, dass wir nur durch Offenheit und durch ein Bekenntnis zur Freiheit bestehen können. Ich meine eine verantwortete Freiheit, die neue Gerechtigkeit schafft. Das ist der Ansatz, mit dem
100 Deutschland seine Probleme lösen muss.

Daraus erwächst die Aufgabe dieser Regierung. Wir haben gesagt, sanieren, investieren, reformieren. Mit dieser Etappe haben wir losgelegt und dabei haben wir einiges zustande gebracht. Ich will mich damit heute nicht lange aufhalten. Ich will nur sagen: Der Haushalt, über den wir heute debattieren, ist ein Haushalt in einer
105 Legislaturperiode, die sich das Sanieren zur Aufgabe gemacht hat. Dieses Sanieren darf Wachstum aber nicht abkoppeln und nicht verhindern, sondern muss es sehr wohl möglich machen. Deshalb ist dieser Haushalt im Zusammenhang mit anderen Haushalten zu sehen.

Selbstverständlich haben wir gesagt: Wir investieren. Herr Gerhardt, Sie haben
110 heute gesagt, wir geben den Menschen nicht alles zurück, was wir zusätzlich investieren. Aber Sie haben dabei nicht gesagt, dass wir auf einem Schuldenberg sitzen und dass wir diesen Schuldenberg abbauen müssen, dass wir zumindest die Neuverschuldung abbremsen müssen. Das ist schwer genug.

Ich finde wirklich, Sie sollten sich das einmal ganz ruhig anhören. Das ist
115 wirklich besser so. 130 Tage nach Regierungsbeginn kann man noch ruhig zuhören.

Es ist das demokratische Recht, dazwischenzurufen. Aber noch schöner ist, wenn auch die Opposition auf der Zeitschiene konsistent und glaubwürdig ist. Das trägt dazu bei, dass das Zutrauen zur Politik wieder besser wird.

120 Wenn wir Schulden abbauen und neue Investitionsspielräume schaffen wollen, dann können wir nicht alles gleichzeitig machen - Wachstum plus Haushaltskonsolidierung -, ohne über die Einnahmeseite zu sprechen. Ich muss der FDP nun wirklich sagen - Sie wissen es ganz genau -: Wenn Sie sich einmal den Bleistift nehmen, alles in aller Ruhe richtig addieren und das, was Sie vorhaben, in Gesetzesform
125 gießen, dann zeigt sich, dass bei all Ihren Vorschlägen riesige Lücken klaffen. Man kann keine Steuerreform durchführen, die Mindereinnahmen in Höhe von 27 Milliarden Euro vorsieht, und so tun, als ob man nicht gleichzeitig über Mehreinnahmen nachdenken muss.

Ich finde ehrlich, was wir tun. Ehrlichkeit ist die Grundlage für
130 Vertrauensgewinn. Es ist vernünftig, so vorzugehen: sanieren, investieren - 25 Milliarden Euro - und reformieren.

Es ist gesagt worden, dass keine Strukturreformen sichtbar sind. Herr Kuhn und andere, Sie wissen genau, diese große Koalition hat entschieden - diese Entscheidung wurde übrigens in den ersten 130 Tagen, vor und nicht nach den Landtagswahlen
135 getroffen -, den Menschen im Zusammenhang mit dem Rentenversicherungsbericht deutlich zu sagen: Unsere demografische Entwicklung bedingt, dass wir miteinander auch über eine verlängerte Lebensarbeitszeit sprechen müssen. Diese Aussage war richtig und sie war mutig. Weil wir eine große Koalition sind, war es auch so, dass die Volksparteien nicht gegeneinander, sondern miteinander
140 argumentiert haben. Jeder kann sich vorstellen - das kann sich jede Regierungskoalition vorstellen -, wie die Landtagswahlkämpfe abgelaufen wären, wenn wir nicht zusammen gewesen wären. Da haben wir eine Chance dieser großen Koalition genutzt. Sie hat uns - auch das ist ein Ergebnis der Wahlen - nicht geschadet. Darauf können wir ein Stück stolz sein.

Ich sage ganz klar: Das war die erste Etappe. Jetzt folgt die zweite; denn was wir
145 gemacht haben, reicht mir nicht, reicht der Koalition nicht und - das ist das

Wichtige - reicht nicht für Deutschland. Zu dieser Zeit, wo wir hier im Deutschen Bundestag miteinander debattieren, werden die neuen Arbeitslosenzahlen verkündet. Es sind wohl knapp unter 5 Millionen Arbeitslose. Aber es sind fast 2 Millionen Menschen, die langzeitarbeitslos sind, und es sind 600 000 junge Menschen unter 25 Jahren, die **150** keine Perspektive für sich sehen. Das kann uns natürlich nicht ruhen lassen. Deshalb beginnen wir mit der zweiten Etappe mit acht wichtigen Projekten, die ich Ihnen darstellen möchte, mit denen wir deutlich machen, dass wir unseren Weg sehr konsequent fortsetzen.

Lassen Sie mich mit der Föderalismusreform beginnen. Ich bin etwas bedrückt - **155** ich will das unverhohlen sagen - darüber, dass über die Föderalismusreform in letzter Zeit beschränkt auf ganz wenige Punkte, die auch noch relativ stark aus dem Zusammenhang gerissen wurden, diskutiert wird, während das Anliegen, das wir gegenüber den Menschen haben, aus meiner Sicht nicht mehr in vollem Umfang dargestellt wird.

160 In den Jahrzehnten seit Verkündung des Grundgesetzes gab es in der Bundesrepublik Deutschland eine Entwicklung, in der sich die Zahl der zustimmungsbedürftigen Gesetze immer weiter erhöht hat - mit dem bekannten Phänomen, dass im Vermittlungsausschuss Lösungen gefunden werden, über deren Zustandekommen keine Transparenz herrscht, weil aus dem Vermittlungsausschuss **165** nicht berichtet werden darf. Diese Tatsache hat einen Beitrag zur Politikverdrossenheit geleistet. Sie hat im Übrigen zu einer schleichenden Verantwortungslosigkeit geführt, weil man niemals sagen kann, ob nun der Bund oder die Länder die Verantwortung haben.

Sie hat sogar dazu geführt - wenn man ehrlich ist, muss man das zugeben -, dass **170** in den Ausschüssen im Deutschen Bundestag zum Teil gar nicht mehr debattiert wurde, weil man wusste: Wenn man schon Kompromisse schließen muss, dann schließt man sie bitte schön im Vermittlungsausschuss, aber doch nicht schon vor den Augen der Öffentlichkeit im Bundestag.

Wenn wir jetzt davon wegkommen, dass 60 Prozent der Gesetzgebungsvorhaben **175** zustimmungsbedürftig sind, und dahin kommen, dass es nur noch 40 Prozent oder unter 40 Prozent sind, dann haben wir geschafft, dass bei mehr Gesetzgebungsvorhaben - die Differenz ist 20 Prozentpunkte oder mehr - die Verantwortlichkeit wieder zugeordnet werden kann, dass wir, wenn wir im Bundestag zum Schluss verantwortlich sind, Rede und Antwort stehen müssen, dass auf der anderen Seite auch ein Land, das **180** sich ein merkwürdiges Verfahren für den Vollzug eines Gesetzes ausgedacht hat, Rede und Antwort stehen muss, wenn gefragt wird, warum ein anderes Land das besser macht. Ich kann Ihnen heute schon voraussagen, wie schön die Länder untereinander darauf achten werden, ob sie denn ein vernünftiges Verfahren haben, weil sie natürlich sehen, wo es besser läuft und wo es schlechter läuft.

185 Jetzt kommt ein zweiter Punkt: Ist die Antwort auf Globalisierung eigentlich Zentralisierung auf Bundesebene? Wenn ich die Diskussion über die Bildungspolitik höre, gewinne ich den Eindruck: Das Allerbeste wäre, wir würden ein Schulministerium zentraler Art hier in Berlin errichten und von dort aus die Schulpolitik machen. Wenn Sie das wollen, dann muss ich Ihnen aber sagen: Sie kommen damit doch nicht **190** einmal bis zu Ihren eigenen Landtagsfraktionen.

Mit Verlaub - ich möchte den Kollegen Tauss jetzt nicht angreifen -, der Kollege Tauss als Generalsekretär der baden-württembergischen SPD hat im Landtagswahlkampf doch eine bittere Erfahrung gemacht. Man hat ihm angeboten, in den Landtag zu gehen, wenn er sich für Schulpolitik interessiert, weil das einfach nicht **195** die Sache des Bundestages ist.

Das ist doch auch okay. Wer die Leidenschaft Schulpolitik hat, der ist im Bundestag falsch aufgehoben.

Meine Damen und Herren, ganz still! Jetzt passen Sie einmal ganz ruhig auf! Wir sind, finde ich, an einem hochinteressanten Punkt angekommen.

200 Wer möchte, dass Schulpolitik Bundespolitik wird, darf keine Föderalismusreform anstreben, sondern muss darüber sprechen, ob wir in Deutschland noch Länder brauchen. Das war aber nicht Gegenstand der Verabredung und fände, so wie das Grundgesetz derzeitig noch ist, in der zweiten Kammer auch keine Zweidrittelmehrheit.

205 Sie und wir alle - bei uns in der CDU/CSU-Fraktion sind die Diskussionen doch nicht anders - müssen miteinander überlegen, was sinnvoll ist und was nicht sinnvoll ist, aber auch, was machbar ist. Bei der Föderalismusreform wird es zum Schluss um eine Abwägung gehen, ob das, was wir jetzt mit den Ländern gemeinsam geschaffen haben, besser ist als das, was wir vorher hatten. Ich finde den Zustand, dass über die Frage von **210** Studiengebühren, Juniorprofessuren und anderes jedes Mal das Bundesverfassungsgericht entscheiden muss, weil wir es nicht schaffen, unsere Kompetenzen zu ordnen, absolut unzureichend. Deshalb sollten wir uns mit aller Kraft der Föderalismusreform zuwenden.

Meine Damen und Herren, natürlich sind - wenn ich noch einen Blick auf die **215** Bildungspolitik in Deutschland werfen darf - Innovationen in Bildung und Forschung dringend nötig. Das gilt im Übrigen für alle. Alle Bundesländer haben es versäumt, auf eine ganz einfache Sache zu achten, was ganz wesentlich zum schlechten PISA-Abschneiden beigetragen hat. Dass zum Beispiel Kinder mit ausländischem Hintergrund, deren Eltern ausländischer Herkunft sind, wenn sie in die Schule kommen, **220** Deutsch lernen müssen, müssen die Länder jetzt durchsetzen.

Wir müssen durchsetzen, dass die Integrationskurse schrittweise weiter aufgebaut werden und die Mittel dafür abfließen. Aber das kann man - das wissen auch Sie - nicht in einem halben Jahr schaffen, sondern das wird ein längerer Prozess sein. Dass die Integrationsbeauftragte im Kanzleramt sitzt, ist ein deutlicher Beweis dafür, **225** dass diese Bundesregierung Integration schwerpunktmäßig als Gemeinschafts-, als Querschnittsaufgabe sieht. Ich glaube, das war eine richtige Entscheidung.

Im Zusammenhang mit mehr Freiheiten und mehr Spielräumen möchte ich als zweiten Punkt das Thema Bürokratieabbau nennen. Wir erarbeiten jetzt ein Infrastrukturbeschleunigungsgesetz unter der Federführung des **230** Bundesverkehrsministers. Dieses Infrastrukturbeschleunigungsgesetz ist etwas, was diese große Koalition zustande bekommen wird und was Rot-Grün nicht geschafft hat, weil Sie, Herr Kuhn und andere, das nicht wollten. Wir müssen Folgendes sehen: Wenn wir in Deutschland 5 Millionen Arbeitslose haben, dann ist es eben nicht egal, ob ein Frankfurter Flughafen, ein Schönefelder Flughafen oder bestimmte andere **235** Infrastrukturobjekte in fünf, zehn, 15 oder 20 Jahren gebaut werden.

Denn dahinter stehen Menschen, Tausende von Arbeitsplätzen. Ob die 15 000 Arbeitsplätze im Zusammenhang mit dem Ausbau des Frankfurter Flughafens im Jahre 2010, 2015 oder 2020 entstehen, wird über das Schicksal von einzelnen Menschen, von jungen Menschen entscheiden. Diese Sichtweise gilt auch in Bezug auf mittelständische **240** Unternehmen.

Wir müssen uns doch einmal die Frage stellen: Welches Recht haben wir eigentlich, Minderheiten über Zeitspannen entscheiden zu lassen, was dazu führt, dass Mehrheiten ihre Lebenschancen nicht verwirklichen können? Ich finde, darüber müssen wir gemeinsam nachdenken und deutlich machen, wie es laufen muss.

245 Wir werden als Bundesregierung dafür sorgen, dass das Thema Bürokratieabbau

konzeptioneller angegangen wird - das haben wir in der Koalitionsvereinbarung gemeinsam festgelegt -: Normenkontrollrat, Standardkostenmodell, wie die Holländer es uns vorgemacht haben. Der Bundeswirtschaftsminister wird ein Mittelstandsentlastungsgesetz erarbeiten lassen, in dem die Dinge konkret umgesetzt werden.

Ich möchte Sie auf eine Sache aufmerksam machen, über die interessanterweise in Deutschland weniger diskutiert wird als in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Es gibt die so genannte Better-Regulation-Offensive, also bessere Gesetzgebung, bei der auch der deutsche Kommissar Verheugen sehr intensiv mitarbeitet. Man hat sich auch in der Europäischen Union zum ersten Mal seit Jahrzehnten vorgenommen, nicht immer neue Richtlinien zu schaffen, sondern einmal zu überlegen, ob die Abschaffung von Richtlinien nicht ein Schritt wäre, der der gesamten Wachstumsstrategie sehr viel besser bekommen würde.

Es ist jetzt gelungen, über 60 Richtlinien abzuschaffen. Ich denke, dass wir gerade während der deutschen Ratspräsidentschaft diesen Weg weitergehen sollten. Jetzt wird zum Beispiel die Vogelschutzrichtlinie mit der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie vereinigt. Sie alle wissen aus Ihren Wahlkreisen, was für Diskussionen wir genau über diese Themen haben.

Zumindest diejenigen Abgeordneten wissen das, die Wahlkreise haben, in denen es einen Fluss oder eine Wiese gibt.

Manch einer hat seinen Wahlkreis in einer Großstadt, wo dies kein Problem ist. Die Bürgernähe der Europäischen Union, die wir brauchen, zeigt sich doch darin, dass man Regelungen, die historisch gesehen nacheinander entstanden sind, zusammenführt. Das wird Freiräume schaffen und uns in die Lage versetzen, uns auf die wirklich wichtigen Aufgaben Europas zu konzentrieren, von denen es hinreichend viele gibt. Wir werden diese Entwicklung während unserer Präsidentschaft voranbringen.

Ich möchte nun drittens zu dem aus meiner Sicht in der Tat zentralen Punkt Forschung und Innovationen kommen. Da stellt sich die Frage: Wo sind wir besser als andere, damit wir unseren Lebensstandard halten können? Herr Kuhn, Sie müssen doch neidlos anerkennen, dass wir in den nächsten vier Jahren 6 Milliarden Euro mehr für Forschung und Entwicklung ausgeben.

Sie werden es doch mittragen. - Das sind durchschnittlich 1,5 Milliarden Euro pro Jahr mehr. Wenn Sie sagen, das sei genau das Geld, das wir pro Jahr für Landwirtschaftssubventionen ausgeben, dann muss ich erwidern: Ich war es nicht, die 2002 zugestimmt hat, dass der Agrarhaushalt, abgekoppelt von der Finanziellen Vorausschau 2007-2013, bis 2013 festgeschrieben wurde. Ich war es nicht.

Es mag damals Gründe dafür gegeben haben, dass Sie die Entscheidung mitgetragen haben. Auch die Landwirtschaftsfachleute in unseren Reihen waren froh darüber. Man konnte den Mitgliedstaaten wie zum Beispiel unseren französischen Freunden, mit denen dies 2002 verabredet wurde, doch 2005 nicht zumuten, dass man diese Vereinbarung einfach vergisst und neu anfängt. Man muss erkennen, dass man sich nicht einfach davon verabschieden kann. Auch das gehört zur Redlichkeit in der Argumentation.

Wir haben zwar die Erhöhung um 6 Milliarden Euro beschlossen - ich hoffe, dass uns das Parlament mehrheitlich dabei folgt -, aber wir haben noch keine klar ausgearbeitete Strategie. Deshalb befassen wir uns im Rahmen eines unserer Projekte für die zweite Etappe mit der Frage, an welcher Stelle wir diesen Beitrag in Höhe von 6 Milliarden Euro ausgeben müssen, damit am Ende der Legislaturperiode Deutschland insgesamt 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Forschung und Entwicklung ausgibt. Diese Sache ist noch nicht in trockenen Tüchern, weil auf jeden Euro der

öffentlichen Hand 2 Euro privater Investitionen der Wirtschaft folgen müssen.

Die Bundesforschungsministerin wird jetzt in sehr intensive Gespräche eintreten müssen. Sie wird mit der Wirtschaft darüber sprechen müssen, wie sie ihren Anteil leisten kann. Es handelt sich für die Wirtschaft um keine langen Planungszeiträume. Es **300** muss auch darüber geredet werden, welche Rahmenbedingungen die Wirtschaft braucht.

Eines der Projekte, das wir zu Beginn der Legislaturperiode erfolgreich durchgeführt haben, befasste sich mit der Chemikalienrichtlinie. Wir sind da zu einer vernünftigen Lösung gekommen - auch das war ein Erfolg der großen Koalition -, die **305** dazu führt, dass Chemiewerke wie zum Beispiel die BASF ihren Beitrag zur Forschung leisten können. Wenn wir ihnen diese Möglichkeit nicht eröffnen und ihnen Restriktionen auferlegen, dann können sie in Deutschland auch nicht forschen.

Wer sich einmal mit dem gesamten Bereich der Enzymforschung befasst hat, der weiß: Wenn nicht die Grüne Gentechnologie hinzukommt - das hat nichts mit **310** Lebensmitteln zu tun -, dann kann die Forschung nicht in einfacher Weise durchgeführt werden. Deshalb bin ich sehr froh, dass wir jetzt in diesen Dialog eintreten.

Wir werden, anknüpfend an das Projekt "Partner für Innovation", das vom vorherigen Bundeskanzler initiiert wurde, einen Rat für Innovationen bilden. Dieser Rat **315** für Innovationen ist ein Beratungsgremium für die Bundesregierung und für die Minister, zu deren Zuständigkeitsbereich Forschung und Technologie gehören. Dieser Rat soll sich mit der Frage beschäftigen, wo die Stärken in der Grundlagenforschung liegen, die wir weiterentwickeln müssen, damit wir eine Chance haben, marktübergreifende Projekte durchzuführen. Denn es müssen Produkte entwickelt **320** werden. Es ist zwar gut, ein Land der Ideen zu sein, aber am Ende müssen Produkte stehen, damit wir wirtschaftlich davon profitieren. Diesen Spannungsbogen müssen wir schaffen.

Unter diesen Projekten befinden sich auch Leuchttürme. Dazu gehört die Gesundheitskarte. Dieses Projekt zeigt, dass Deutschland ein modernes Land ist und **325** dass die Informationstechnologie in unser Alltagsleben Einzug hält. Wir werden das mit aller politischen Gestaltungskraft vorantreiben. Diese ist notwendig, weil es immer wieder Einzelinteressen von Gruppen gibt, die sich nicht über die Einführung der Gesundheitskarte freuen und für die Transparenz ein gewisses Gefahrenmoment bedeutet. Aber hier hat die Politik den Gemeinwohlaufrag auszuführen.

330 Wir werden dafür Sorge tragen, dass sich Deutschland gerade im Bereich der Informationstechnologie wieder stärker engagieren kann. Ich werde zu einem IT-Gipfel einladen, um deutlich zu machen: Hier ist eine Branche, in der neue Arbeitsplätze entstehen können. Dort wurden im letzten Jahr 6 000 bis 8 000 Leute neu eingestellt. Hier fehlen im Übrigen zum Teil Ingenieure. Wir müssen den jungen Leuten sagen: Hier **335** habt ihr eine Chance. - Hier können wir vorne sein, auch wenn wir heute zum Teil noch nicht so weit vorne sind, wie ich mir das wünschen würde.

Ich will einen weiteren Aspekt ansprechen. Hier ist Deutschland Vorbild; hier haben wir riesige Chancen und Stärken, die uns weiterbringen können. Wir haben es jetzt auf europäischer Ebene geschafft, dass mit dem Europäischen Forschungsrat eine **340** Institution gegründet werden wird, die sich an das Begutachtungssystem der deutschen Wissenschaft anlehnt und damit dem Exzellenzgedanken in Deutschland zum Durchbruch verhelfen wird. Es wird jetzt darauf ankommen, dass alle Institute, die in Europa gegründet werden, alle europäischen Forschungs- und Innovationsinstitute, immer den gleichen Maßstäben genügen. Dafür wird Deutschland während seiner **345** Präsidentschaft sorgen.

Für mich ist der in diesem Zusammenhang in Rede stehende Betrag von 6 Milliarden Euro kein fiskalisches Thema, kein Thema, bei dem jedes Ressort äußern kann, worüber es schon immer einmal forschen wollte, sondern ein Thema, an dem wir eine Strategie aufbauen wollen. Ich freue mich, dass hierbei eine sehr gute
350 Zusammenarbeit zwischen allen Ressorts der Bundesregierung stattfindet, worüber wir gerne und intensiv mit dem Parlament diskutieren wollen, weil wir nur so einen wirklichen Nutzen für Deutschland zustande bringen werden.

Ein Thema, bei dem Innovationen in der Tat eine große Rolle spielen, ist der vierte Punkt, die Energiepolitik. Die Bedeutung der Energiepolitik - und damit die
355 Sorgen, Ängste oder Unsicherheiten der Menschen in unserem Land in diesem Zusammenhang - hat sich zwar in den letzten Monaten ganz elementar gezeigt, ist aber eigentlich seit langem bekannt. Es gibt unter uns - Herr Heil hat das angesprochen - keine Unterschiede: Die Versorgungssicherheit, die Wirtschaftlichkeit und die Umweltverträglichkeit müssen die drei großen Säulen sein. Sie existieren in einem
360 permanenten Spannungsverhältnis zueinander. Sie müssen aber ausgefüllt werden und sind gleichermaßen wichtig.

Es gibt unterschiedliche Bewertungen darüber, welche Rolle die einzelnen Energieträger spielen sollen. Das haben wir vor Abschluss der Koalitionsvereinbarung gewusst; wir haben in den ersten 130 Tagen erlebt, dass das so bleiben wird. Das heißt
365 aber nicht, dass wir uns wegen dieser einen unterschiedlichen Bewertung in einer Frage um die Beantwortung der Frage drücken können, wie ein Energiekonzept bis zum Jahr 2020 aussieht. Deshalb werden wir am nächsten Montag eine erste Runde eines Energiegespräches abhalten, wobei zum Schluss im zweiten Halbjahr 2007 ein Energiekonzept bis zum Jahr 2020 stehen soll, in dem wir darlegen, wie wir
370 Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit, also auch niedrige Strompreise, und Umweltverträglichkeit zusammenbringen.

Jenseits der unterschiedlichen Meinungen gibt es in dieser Koalition ein breites Maß an Übereinstimmung darin, dass wir Technologieexporteur werden können, dass wir in der Energieeffizienz Spitze sein sollten und dies von großer Bedeutung sein wird.
375 Ich bin sehr froh, dass wir endlich davon weggekommen sind, nur auf die Wirtschaft zu schauen. Ich erinnere an die Diskussion über den Biodiesel und die CO₂-Einsparungen im Kfz-Bereich. Die Biodieseldiskussion ist schwierig, weil wir in bis 2009 bestehende Besitzstände eingreifen.

Das ist nicht absurd. Wir werden das vernünftig regeln, Herr Kuhn. Ich sage
380 Ihnen voraus: Wenn wir eine Beimischungspflicht eingeführt haben werden, werden Sie von den Grünen die Ersten sein, die für sich proklamieren, dass sie diese Idee hatten. Aber dann waren wir es, die die Pflicht der Beimischung von Biodiesel für alle Kfz mit Dieselmotor eingeführt haben werden, was den Markt erheblich erweitern wird.

Dafür müssen wir die jetzigen Umstellungsschwierigkeiten in Kauf nehmen,
385 vernünftig ausdiskutieren und trotzdem unsere Haushaltsziele erfüllen.

Sie wissen: Es muss gespart werden; zum Haushalt komme ich gleich. Aber wo man auch mit dem Sparen anfängt, ist es nicht recht. Irgendwann kommt es beim Finanzminister oder im Zweifelsfalle manchmal auch bei der Kanzlerin - vorher noch beim Kanzleramtsminister - zusammen.

390 Wenn wir sparen wollen, dann müssen wir es an bestimmten Stellen auch tun. Deshalb werden wir die Dinge zusammenbringen.

Ich bin sehr erleichtert, dass diese große Koalition bzw. der Bundesumweltminister zusammen mit dem Bundeswirtschaftsminister bei der Ausarbeitung des Nationalen Allokationsplanes 2, also der Fortsetzung der CO₂-
395 Einsparungen, nicht wieder das Theater aufführt, das es in der vergangenen

Legislaturperiode gegeben hat, sondern versucht, Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit zusammenzubringen.

Dem Bundesaußenminister bin ich sehr dankbar dafür, dass er die Energiepolitik ausdrücklich als strategischen Teil unserer Außenpolitik definiert hat, und zwar unter **400** Berücksichtigung der Menschenrechte. Wir haben es heute mit Ländern zu tun, zum Beispiel mit China, die ganz bewusst eine einseitig auf Rohstoffe ausgerichtete Außenpolitik betreiben. Wir müssen unsere Werte mit unseren Interessen in Einklang bringen. Genau das werden wir auch tun.

Fünftens. Bezogen auf die Finanzpolitik habe ich bereits die Punkte **405** angesprochen, die der Finanzminister gestern sehr ausführlich dargestellt hat: Annäherung an die Realität und keine falschen Versprechungen. Mir ist es, ehrlich gesagt, lieber, wenn Sie uns in der ersten Lesung des Haushalts kritisieren, weil wir Schulden aufnehmen werden, die auch meiner Meinung nach besser geringer wären - keiner in diesem Hause ist froh darüber -, als dass wir nächstes Jahr um diese Zeit **410** Krokodilstränen weinen und sagen: Das haben wir voriges Jahr nicht gewusst. - Diese Spirale einer kurzsichtigen Haushaltspolitik wird durchbrochen. Das erfordert am Anfang Mut, aber bringt am Ende Verlässlichkeit und schafft Vertrauen. Ich bin der Meinung, dass es besser ist, Vertrauen zu schaffen.

Wir werden das große Projekt der Unternehmensteuerreform angehen. Das wird **415** ein Projekt sein, das die Mitarbeit vieler erfordert. Deutschland, dessen Stärken im mittelständischen Bereich liegen - da sind wir uns in diesem Haus wahrscheinlich wieder alle einig -, muss eine rechtsformneutrale Besteuerung der Unternehmen hinbekommen. Mit der Begründung, dass sich die Rechtsformen der Unternehmen im 20. Jahrhundert nun einmal so entwickelt haben, werden wir im Rahmen der globalen **420** Diskussionen des 21. Jahrhunderts nicht durchkommen. Die Leute werden uns sagen: Ihr seid doch sonst so fix und helle. Lasst euch was einfallen! - Dass aber die uns oft empfohlenen Modelle, die zu Steuermindereinnahmen jenseits der 25 Milliarden Euro führen werden, angesichts der augenblicklichen Situation des Haushalts nicht besonders hilfreich sind, muss auch jeder sehen. Insofern hat die Bundesregierung eine **425** ziemlich komplizierte Aufgabe zu bewältigen, und zwar gemeinsam mit den Verantwortlichen in dieser Gesellschaft, von den Kommunen über die Länder bis zum Bund. Ich halte diese Reform für ausgesprochen wichtig und deshalb werden wir sie auch durchführen.

Für mich ist auch wichtig, die Erbschaftsteuer zu verändern, und zwar als klares **430** Zeichen an die Mittelständler. Wir müssen vor allen Dingen auch mental diejenigen unterstützen, die trotz der Globalisierung im Erbschaftsfall das Geld nicht in irgendeine Kapitalanlage investieren, sondern ganz bewusst sagen: Ich lasse das Geld in meinem Betrieb. Ich möchte in dem Betrieb, der eine Tradition hat, weiterarbeiten. - Diesen Menschen müssen wir den Rücken stärken. Deshalb ist die Erbschaftsteuerreform so **435** wichtig.

Sechstens. Zur Familienpolitik kann ich an dieser Stelle nur kurz etwas sagen. Wir haben ein demografisches Problem, wir sind kein kinderfreundliches Land und wir haben in diesem Bereich viele Aufgaben zu lösen. Ich weiß nicht, ob man nach der Reihenfolge vorgehen kann, Herr Kuhn, "erst Betreuung, dann Elterngeld". Ich glaube, **440** wir müssen auf verschiedenen Ebenen gleichzeitig arbeiten.

Ich habe den Eindruck, dass hier in den letzten Jahren ein erhebliches Umdenken erfolgt ist; das sage ich auch für die CDU/CSU-Fraktion und für die CDU als Partei.

Schauen Sie sich einmal die Betreuung der unter Dreijährigen in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg an! Die Situation ist in allen **445** Bundesländern nicht besonders befriedigend, in den Städten ist sie fast noch am besten.

Wir können die Statistiken gerne austauschen. - Aber das ist nicht das Problem. Tatsache ist, dass es für Kinder unter drei Jahren zu wenige Betreuungsmöglichkeiten gibt. Aber dafür sind vorrangig die Länder zuständig. Durch die Mehrwertsteuererhöhung und die Übernahme der Kosten für die Unterkunft leisten wir **450** unseren Beitrag und verschaffen den Ländern und Kommunen Spielräume, damit sie im Bereich der Ganztagsbetreuung etwas machen können.

Das darf nicht in Vergessenheit geraten. So verlässlich, wie wir an dieser Stelle waren, müssen die Kommunen jetzt auch das Geld ausgeben.

Wir beschreiten mit dem Elterngeld einen neuen Weg. Über diesen Weg müssen **455** wir diskutieren, er wird nicht ganz einfach sein. Denn zum ersten Mal wird die Frage gestellt, wie wir gut ausgebildeten Frauen jenseits der ganz kleinen Verdienste, die sich für Kinder und Beruf entscheiden, für eine begrenzte Zeit die Möglichkeit eröffnen können, nicht einen wahnsinnigen Einkommensverlust zu erleiden, sondern diese Zeit zu überbrücken. Das ist nicht unumstritten. Bisher haben wir Familienpolitik **460** sehr häufig vorrangig als Sozialpolitik für Bedürftige verstanden. Diese Position will ich auch nicht völlig aufgeben. Angesichts der Tatsache, dass 40 Prozent der Akademikerinnen in Deutschland keine Kinder haben - die dazugehörigen Männer haben übrigens ebenfalls keine, darüber wird nur nicht so oft gesprochen -, müssen wir uns aber überlegen, wie wir einen Bruch in der Biografie dieser Frauen vermeiden **465** können. Diese Überlegungen halte ich für vernünftig. Daher ist es richtig, dass wir die Diskussion über das Elterngeld jetzt und nicht erst im Jahr 2015 führen.

Ich komme nun zu einem zentralen Bereich, der in der Koalition hinsichtlich seiner Wirksamkeit unterschiedlich bewertet wird. Das sind - siebte - die Fragen, die mit der Arbeitsmarktpolitik, mit Hartz IV, also der Zusammenlegung von **470** Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, mit dem Niedrig- und dem Kombilohn zusammenhängen.

Lassen Sie mich wegen der aktuellen Situation ein Wort zum Kündigungsschutz sagen. Wir haben nicht wenig Zeit während der Erarbeitung der Koalitionsvereinbarung auf den Punkt Kündigungsschutz verwendet. Wir haben viele Modelle betrachtet und **475** Verbände befragt. Ich weiß, dass das Thema in der CDU/CSU-Fraktion einen anderen Stellenwert hat als in der SPD-Fraktion, aber wir haben uns auf etwas geeinigt. Zur Verlässlichkeit gehört, dass wir das, was wir vereinbart haben, nicht im Halbschlaf, sondern nach dem Verwerfen von Optionen und dem Hinzunehmen von Optionen, als Grundlage heranziehen. Wir müssen das mit dem Ziel tun, dass wir nur die Dinge umsetzen, die wir gemeinsam **480** umsetzen können. Wir wollen nur die Maßnahmen umsetzen, die zu mehr Arbeitsplätzen führen. Mein Vorschlag ist, mit der Verlässlichkeit dieser Koalitionsvereinbarung einen Schritt voranzugehen.

Alles andere würde nur zu unergiebigen Diskussionen führen und die Menschen würden nicht verstehen, was wir vor 130 Tagen aufgeschrieben haben. Das ist das **485** Problem. Wir müssen zuerst das umsetzen, was wir vereinbart haben. Wenn wir in zwei Jahren merken, dass es weitergehen muss, dann darf es kein Denkverbot geben. In dieser Sache bin ich ganz nah bei Peter Ramsauer. Aber lasst uns erst einmal das machen, was wir uns vorgenommen haben.

Das Kernproblem wird sein - Herr Kuhn, ich stimme Ihnen zu -, Lösungen für **490** den unteren Lohnbereich, für über 55-Jährige, für junge Arbeitslose zu finden und neue Erwerbstätigkeiten anzubieten. Wir haben uns vorgenommen, uns von bestimmten Dingen zu trennen und Instrumente, die sich nicht bewährt haben - inzwischen liegt der erste Revisionsbericht zu Hartz vor -, über Bord zu werfen. Darüber hinaus wollen wir Maßnahmen bündeln; denn das Dickicht ist immer noch groß.

495 Wir werden natürlich über die Frage der Kombilöhne sprechen müssen. Ich

schaue mir gern die Modelle der Grünen an. Wir müssen aber aufpassen: Wenn wir Einstiegsszenarien vorsehen und die Sozialabgaben am Anfang kleiner halten, wie es bei den Hinzuverdienstmöglichkeiten heute schon der Fall ist, dann dürfen Sie den Ausfall anschließend nicht der Bundesgesundheitsministerin oder dem Arbeitsminister **500** zuweisen, damit diese sehen, wie sie damit klarkommen. Sie können nicht einfach annehmen, dass es so viel Mehrbeschäftigung geben wird, dass die Fehlausgaben ausgeglichen werden. Da, wo nichts abgegeben wird, gibt es auch keine Mehreinnahmen. Vielmehr müssen wir darüber sprechen, woher das Geld kommen soll.

Sie können uns dann nicht vorwerfen, wir würden einfach die Steuern erhöhen **505** und Sie wüssten nicht, warum. Es muss zusammenpassen.

Ich glaube trotzdem, dass die Diskussion sehr intensiv geführt werden muss. Wir müssen uns auch mit der Tatsache auseinandersetzen, dass wir nicht in einem luftleeren Raum leben, sondern dass andere Länder - ich verweise auf die Dienstleistungsrichtlinie - mit ganz anderen Mindestlöhnen arbeiten. Ich habe gestern den Ministerpräsidenten **510** von Lettland empfangen. Dort ist die Lage ganz anders. Er ist voller Sorge darüber - ich erwähne das, damit wir in Deutschland darüber Bescheid wissen -, dass seine besten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Land verlassen, weil Irland und Großbritannien die Arbeitnehmerfreizügigkeit - anders als wir - schon gestattet haben. Lettland hat ein großes Problem, den eigenen Wirtschaftsaufbau voranzubringen, weil **515** die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Land verlassen, da sie in anderen Ländern in Europa mehr verdienen können. Dieser Prozess wird die Löhne in den betreffenden Ländern steigen lassen.

Das ist ein zentraler Punkt, den wir uns ansehen werden. Der Bundesarbeitsminister wird, mit Hilfe aller, eine Lösung finden. Wir müssen uns aber **520** darüber einig sein, dass am Ende mehr Arbeitsplätze entstehen müssen und es nicht weniger werden dürfen. Das ist die Bedingung, an der sich die Lösung messen lassen muss.

Ein achttes Projekt, das in diesen Tagen in aller Munde ist, ist die Gesundheitsreform. Im Koalitionsvertrag haben wir uns viel vorgenommen: **525** Steuerzuschüsse aus dem Bundeshaushalt werden zurückgebaut. Einer der Gründe dafür war, neben dem der Haushaltskonsolidierung, dass wir uns selbst ein Stück weit unter Druck setzen wollten, um strukturell etwas zu verändern.

Ich will an das Gesundheitsmodernisierungsgesetz erinnern, das damals in Gemeinschaftsarbeit von Union und SPD erarbeitet wurde. Es hat seine Wirkung **530** durchaus entfaltet. Die Krankenkassen sind heute weitgehend schuldenfrei. Ich muss aber auch daran erinnern, dass schon bei der Verabschiedung des Gesundheitsmodernisierungsgesetzes gesagt wurde: "Das hält für die Dauer der Legislaturperiode. Danach brauchen wir eine umfassende Strukturreform." Das hat im Übrigen dazu geführt, dass die Parteien unterschiedliche Konzepte ausgearbeitet haben. **535** Alle waren sich bewusst, dass wir eine Strukturreform brauchen.

Ich glaube, dass wir, wenn wir jetzt in die entscheidenden politischen Diskussionen eintreten - sie müssen wechselseitig von den Fachpolitikern und den politischen Führungen bestritten werden, weil das Projekt zu groß ist, als dass es den Fachpolitikern allein überantwortet werden könnte; das ist als Unterstützung zu **540** verstehen -, zunächst eine Lagebeurteilung brauchen: Erstens. In dieser Legislaturperiode fehlen zwischen 7 und 10 Milliarden Euro in diesem System. Darin sind wir uns einig. Zweitens. Es ist vollkommen klar - ich bin dankbar, dass sich diese Auffassung durchsetzt -, dass es Wettbewerbsspielräume gibt. Wir müssen eine Struktur finden, in der der Wettbewerb besser funktionieren kann. Angesichts des medizinischen **545** Fortschritts, den wir glücklicherweise haben, und der demografischen Entwicklung

dürfen wir den Menschen als Ergebnis einer Reform nicht nennen, dass wir Geld gefunden haben. Wir müssen sagen, dass es tendenziell teurer wird. Der Anstieg kann zwar gedämpft werden, aber die Gesundheitsversorgung wird im Laufe der nächsten zehn bis 15 Jahre tendenziell teurer, wenn wir nicht wollen, dass Menschen aus **550** materieller Not heraus am medizinisch-technischen Fortschritt nicht beteiligt werden. Das ist unser gemeinsames Anliegen.

Wir müssen ganz nüchtern überlegen - ich glaube, wir haben die Kraft dazu -, wie wir dafür sorgen können, dass die historisch gewachsene Kopplung an die Lohnzusatzkosten am Schluss nicht dazu führt, dass wir weniger Arbeitsplätze haben. **555** Wir können nicht eine Gesundheitsreform machen, die alle anderen Ziele der Koalition konterkariert. Dabei gibt es viel Spielraum. Ich glaube, wir können ganz intensiv, aber auch sehr ruhig und selbstbewusst, in dem Tempo, das wir vorgeben, arbeiten. Ich habe gesagt, die Reform muss bis zum Sommer fertig sein. Bis zum Sommer heißt aber nicht: vor Ostern.

560 Insbesondere in diesem Jahr, wo der Winter nur sehr langsam geht, heißt "bis zum Sommer" so viel wie "nicht vor Ostern".

Es gibt eine öffentliche Diskussion. Das ist eine Chance, die die große Koalition bietet: Es gibt ein öffentliches Interesse an schnellen Ergebnissen und eine hohe öffentliche Bereitschaft, anschließend zu kritisieren, wenn das Ganze nicht durchdacht **565** war.

Im Namen der Bundesregierung und auch der Koalitionsfraktionen sage ich: Wir wissen um den Zeitdruck, wir machen die Reform aber in unserem Tempo. Es gilt: Qualität vor Schnelligkeit.

Wenn ich zum Schluss über das Thema Gesundheit gesprochen habe - ähnlich **570** wird es sich im Pflegebereich verhalten -, dann weiß ich, dass dieses Thema so schwierig ist wie kaum ein anderes, weil es jeden Menschen betreffen kann. Krank kann ich jeden Tag werden, und zwar so krank, dass es meine finanziellen Möglichkeiten überschreitet, mich dagegen allein zu schützen. Ich glaube, dass an der Frage, wie wir die Gesundheitsreform miteinander gestalten, natürlich auch deutlich werden kann, **575** welche Haltung wir haben, um politische Probleme, die es nun einmal gibt, zu lösen. Diese Haltung bzw. dieser Stil wird bedeuten - das sage ich für mich und auch für andere -, dass man immer auch über den eigenen Schatten springen muss, dass das Gemeinwohl über das Partikularinteresse gehen muss. Das ist im Gesundheitsbereich stark ausgeprägt.

580 Das heißt, wir müssen Schutzmauern aufbrechen und die Kraft haben, neue Wege zu gehen.

Das heißt, wir müssen Prinzipien anwenden und nicht Prinzipienanwendung und heilige Kühe durcheinander bringen. Nicht jede heilige Kuh kann mit einem Prinzip gerechtfertigt werden.

585 Diese Anforderungen stelle ich an uns. Ich spreche für die Bundesregierung und ich bitte die Koalitionsfraktionen darum. Aber es würde in Deutschland Eindruck machen, wenn sich auch die Oppositionsfraktionen diesem Geist verpflichtet fühlen würden, weil wir es natürlich weit über dieses Parlament hinaus von allen Gruppen in dieser Gesellschaft erwarten: von den Gewerkschaften, von den Arbeitgebern, von den **590** Umweltverbänden und von den vielen Nichtregierungsorganisationen.

Wir können nicht auf Maximalforderungen bestehen. Das gilt für alle Bereiche, die ich hier genannt habe. Ich habe in meiner ersten Regierungserklärung - ich tue es heute in dieser Debatte wieder - bewusst gesagt: Wir gehen kleine Schritte, die aber konsequent und mit einer klaren Richtung. Ich glaube, dass, wenn wir diese Politik **595** machen - Werte, Prinzipien, Schritte, den Menschen nichts Falsches versprechen -,

wieder ein Stück Vertrauen in das, was wir vor uns haben, entstehen kann. Ohne das Vertrauen der Bevölkerung in das, was wir tun, können wir die Veränderungen nicht schaffen. Wenn wir das aber schaffen - daran glaube ich ganz fest -, dann hat Deutschland eine vernünftige Zukunft und wir können vielen, vielen Menschen ein **600** besseres Leben garantieren.
Herzlichen Dank.

Rede in der Haushaltsdebatte am 28. 11. 2007

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ende März haben wir hier in Berlin den 50. Jahrestag der Römischen Verträge gefeiert. Dabei ist uns allen noch einmal deutlich geworden, wie lange ein geeintes, in **5** Frieden und Freiheit verbundenes Europa ein bloßer Traum war, ein Traum, der aus schmerzlicher Erfahrung später auf wunderbare Weise Wirklichkeit geworden ist. Heute – so haben wir es dann in der Berliner Erklärung geschrieben – sind wir Europäer zu unserem Glück vereint.

Ich sage das, weil in anderen Regionen der Welt ein friedliches Miteinander der **10** Völker nach wie vor in weiter Ferne liegt. Insbesondere im Nahen Osten sucht die Weltgemeinschaft – und dies jetzt seit Jahrzehnten – nach Möglichkeiten für eine umfassende Friedenslösung. Hierzu einen Beitrag zu leisten, das war ein Schwerpunkt der zurückliegenden EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands. Das ist und bleibt auch ein Schwerpunkt der gesamten Bundesregierung.

15 Jetzt scheint es neuen Grund zur Hoffnung zu geben, dass der Traum eines friedlichen Miteinanders von Israel und Palästina doch wahr werden könnte. Auch wenn die Erfahrungen mit früheren Lösungsversuchen einen allzu naiven Optimismus verbieten: Die Friedenskonferenz in Annapolis ist die Chance auf einen neuen Verhandlungsprozess, an dessen Ende die Vision einer Zweistaatenlösung mit Leben **20** gefüllt werden könnte. Das ist ein hoffnungsvolles Signal. Der Bundesaußenminister wird heute noch darüber berichten.

Es kann uns hier in diesem Parlament nicht ruhen lassen, dass Israel und die gesamte Region in einem unsicheren, instabilen Zustand sind. Ich bekenne mich ausdrücklich zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die **25** Sicherheit und Existenz Israels.

Das Eintreten für die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson Deutschlands und eine Konstante der deutschen Außenpolitik.

Im kommenden Jahr feiert der Staat Israel den 60. Geburtstag seines Bestehens. Noch immer ist die Sicherheit dieses Staates bedroht. Die Führung des Iran stellt das **30** Existenzrecht Israels in unerträglicher Weise infrage. Insbesondere das Nuklearprogramm gibt Anlass zu großer Sorge. Deshalb setzen wir uns mit diplomatischen Mitteln für ein Einlenken des Iran ein. Das heißt: Bei Nichtkooperation des Iran sind weitere und schärfere Sanktionen unausweichlich; bei Kooperation wiederum liegen sehr gute Angebote für den Iran auf dem Tisch. Damit wir Erfolg **35** haben, sind zwei Dinge unabdingbar: Entschlossenheit und Geschlossenheit der internationalen Gemeinschaft. Das ist der Schlüssel zum Erfolg.

Entschlossenheit und Geschlossenheit brauchen wir auch bei einem anderen Konflikt, der in ganz besonderer Weise Europa betrifft, nämlich beim Kosovo. Die Europäische Union hat in Bezug auf die Stabilität auf dem westlichen Balkan eine ganz **40** besondere Aufgabe. Die Weltgemeinschaft schaut an dieser Stelle auf uns. Daher war es richtig, dass wir noch einmal Verhandlungsprozesse eingeleitet haben. Herr Ischinger hat nicht nur unseren Dank verdient, sondern auch unsere gesamte Unterstützung, alles zu versuchen, um hier zu einer vernünftigen Lösung zu kommen. Ich möchte von dieser Stelle aus noch einmal an die Vernunft aller Beteiligten appellieren, einen Weg zu **45** gehen, der für die Stabilität in Gesamteuropa verantwortlich ist.

Wir werden uns damit auseinandersetzen müssen, dass wir weiterhin den Einsatz der Bundeswehr innerhalb der NATO-Mission im Kosovo brauchen. Wir werden die rechtlichen Grundlagen dafür immer wieder abchecken, sollten die

Verhandlungsprozesse nicht so erfolgreich sein, wie wir es uns erhoffen. Genauso
50 werden wir uns aber an einer zivilen europäischen Sicherheits- und
Verteidigungsmission beteiligen, die das Polizei- und Rechtswesen aufbaut.

Das heißt: Deutschland und die Europäische Union haben hier allergrößte
Verantwortung. Der Bundesaußenminister und ich werden in den kommenden Räten
alles dafür tun, um das, was wir auf dem westlichen Balkan schon geschafft haben,
55 weiterzuentwickeln und zu einem friedlichen Miteinander zu kommen.

Diese drei Beispiele – Naher Osten, Iran und Kosovo – zeigen genauso wie die
anderen Aktivitäten unserer Außenpolitik: Die Außen- und Sicherheitspolitik der
Bundesregierung ist immer auf Werten aufgebaut. Sie ist wertbezogen. Deutsche
Außenpolitik findet nicht im luftleeren Raum statt. Deshalb gilt: Menschenrechtspolitik
60 und das Vertreten ökonomischer Interessen sind zwei Seiten einer Medaille und
dürfen niemals gegeneinander gestellt werden.

Das ist auch und gerade die Grundlage dafür, dass wir uns für faire
Handelsbedingungen im Rahmen der Welthandelsorganisation einsetzen. Das ist die
Grundlage dafür, dass wir uns für den Schutz geistigen Eigentums einsetzen. Das ist die
65 Grundlage dafür, dass wir auf dem afrikanischen Kontinent insbesondere eine faire
Rohstoffpolitik gegenüber den Ländern betreiben wollen, die einen wirtschaftlichen
Aufschwung brauchen. Das ist auch die Grundlage, auf der wir eine Novelle zum
Außenwirtschaftsgesetz erarbeiten. Denn es heißt heute in einer globalen Welt, sich
auch um die Sicherung der eigenen, kritischen Infrastruktur zu kümmern. Das machen
70 die Vereinigten Staaten von Amerika. Das macht Großbritannien. Das macht
Frankreich. Warum soll Deutschland dies nicht tun? Dies hat mit Protektionismus
nichts, aber auch gar nichts zu tun.

Auf dieser Grundlage haben wir durch unser gemeinsames Engagement in der
Koalition das Ansehen Deutschlands in der Welt in den letzten zwei Jahren gemehrt.
75 Darauf können wir gemeinsam stolz sein.

Deutschland konnte sein Ansehen und sein Gewicht auch deshalb mehren, weil
wir wirtschaftliche Leistungskraft wieder zurückgewonnen haben. Man sollte sich keine
Illusionen machen: Unsere internationale Reputation und die wirtschaftliche Lage
Deutschlands hängen für viele Menschen auf der Welt auf das Engste zusammen. Das
80 wird jetzt im Inland und im Ausland bestätigt. Die deutsche Wirtschaft zieht die
europäische Wirtschaft wieder mit nach vorne. Wir sind aus der Rolle des Letzten
herausgekommen. Das Wirtschaftswachstum lag im letzten Jahr bei 2,9 Prozent. Dieses
Jahr können wir 2,4 Prozent erwarten, nächstes Jahr um die 2 Prozent. Unsere
internationale Wettbewerbsfähigkeit nimmt zu. Wir sind vom World Economic Forum
85 von Platz sieben auf Platz fünf hochgestuft worden. Das ist das Ergebnis der
Reformen. Das sind die Erfolge der Unternehmen. Das sind in ganz besonderer Weise
die Ergebnisse der Leistungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der
Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Nun wissen wir: Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit allein sind nicht alles. Es
90 ist etwas anderes ganz wichtig. Aus Wachstum entstehen wieder Arbeitsplätze. 1
Million zusätzliche Arbeitsplätze seit Amtsantritt dieser Regierung! 1 Million weniger
Arbeitslose seit Amtsantritt dieser Regierung! Weniger ältere Arbeitslose, weniger
Langzeitarbeitslose, mehr junge Menschen, die eine Chance haben! Der
Beschäftigungsaufbau geht – das sagen auch die Unternehmen – 2008 weiter. Weniger
95 Menschen müssen Angst um ihren Job haben. Das heißt, es passiert etwas, was wir
in diesem Land brauchen, etwas, das man nicht in Euro und Cent berechnen kann: Der
Aufschwung kommt bei den Menschen an, bei immer mehr Menschen. Das ist eine gute
Botschaft für Deutschland.

Die Zuversicht der Menschen ist gewachsen, eine Zuversicht, deren Grundlage natürlich mit jedem neuen Arbeitsplatz, mit jeder geglückten Wiedereingliederung in das Arbeitsleben verbreitert werden kann. Mit anderen Worten: Die Politik dieser Bundesregierung wirkt. Sie wirkt schon im dritten Jahr. Das heißt nicht, dass wir leichtfertig werden dürfen. Das heißt nicht, dass wir uns auf irgendwelchen Lorbeeren ausruhen dürfen. Es gilt für uns nur eine Devise: Wir müssen die Grundlagen des Aufschwungs stärken, um mehr Menschen in diesem Land Chancen zu geben, die sie allemal verdient haben.

Dafür gibt es für uns in dieser Bundesregierung einen zentralen Maßstab: Wir beschließen Maßnahmen, mit denen weitere Arbeitsplätze geschaffen werden, und unterlassen alles, was Arbeitsplätze gefährdet. Das ist der Maßstab unseres Handelns.

110 Jetzt werden Sie sagen, dass wir darum manchmal in dieser Koalition ringen. Ja, das tun wir – das gebe ich ganz freimütig zu –, aber immer in dem Geist, dass wir Arbeitsplätze schaffen und alles verhindern wollen, was Arbeitsplätze kostet.

Wir werden das fortsetzen, weil wir wissen, dass es Sorgen gibt. Es gibt Fragen, ob die Verwerfungen auf den internationalen Märkten auch unseren Aufschwung in Gefahr bringen könnten. Die amerikanische Immobilienkrise, der hohe Ölpreis, der starke Euro, steigende Lebensmittelpreise – das alles kennen wir. Wir können nicht versprechen, dass durch die Politik der Bundesregierung diese Risiken nicht eintreten werden. Das wäre unredlich. Aber ich bin von einem überzeugt, und das ist die gute Botschaft dieses Jahres: Wir haben genug Stärke wiedergewonnen, um die Herausforderungen, die vor uns liegen, wirklich gut bewältigen zu können. Davon sind wir überzeugt, und in diesem Geist machen wir Politik.

Das bestimmt unsere Arbeit für Deutschland, die sich in fünf Grundsätzen zusammenfassen lässt.

Erstens. Wir wollen die Grundlagen des Aufschwungs stärken. Das bedeutet: **125** Sanierung der Staatsfinanzen. Was haben wir erreicht? Wir werden erstmals seit der Wiedervereinigung in etwa einen ausgeglichenen Staatshaushalt erreichen.

Das Haushaltsdefizit des Bundes – ob es Ihnen passt oder nicht – ist in den letzten zwei Jahren halbiert worden. Die Maastricht-Kriterien werden seit 2006 wieder eingehalten. An diesen Fakten lässt sich nicht vorbeireden. Sie sind da, sie sind gut, und **130** sie sind richtig.

Nun gibt es Forderungen – die werden auch hier erhoben –, dass jeder zusätzliche Cent aus konjunkturbedingten Mehreinnahmen in den Abbau der Verschuldung gesteckt werden sollte, unabhängig davon, ob das in den kommenden Jahren durchzuhalten ist, unabhängig davon, ob der Staat dann noch Gestaltungsspielraum und Investitionsmöglichkeiten hat. Ich sage freimütig: Genau das machen wir nicht.

Stattdessen haben wir uns für einen langfristigen und verlässlichen Abbaupfad entschieden, der zusätzlichen Haushaltsspielraum lässt und wonach auf der Basis der Steuerschätzungen zwei Drittel der Einnahmen in den Schuldenabbau, aber ein Drittel **140** in Investitionen für die Zukunft gesteckt werden. Wir sind von diesem verlässlichen Abbaupfad überzeugt. Ich danke dem Finanzminister, ich danke den Haushaltern, und ich danke den Fraktionen für die Kooperation auf diesem Gebiet.

Wir haben dabei ein ganz klares Ziel vor Augen, nämlich 2011 einen ausgeglichenen Bundeshaushalt zu erreichen. Diesem Ziel fühlen wir uns verpflichtet.

145 Wir hören auch die Forderungen aus der Opposition, wir sollten Steuern senken, kostet es, was es wolle. Meistens fordern das die Gleichen, die vorher das Geld schon einmal für die Senkung der Neuverschuldung verplant haben.

Auch hier sagen wir: Wir machen eine verlässliche Steuerpolitik. Das spiegelt

sich in zwei Maßnahmen wider, die wir ergriffen haben: An der Erbschaftsteuer arbeiten **150** wir noch, die Unternehmensteuerreform ist verabschiedet. Wenn Sie sich den Haushalt für das Jahr 2008 anschauen, dann wissen Sie natürlich, dass sich die Entlastungen für die Unternehmen in diesem Haushalt widerspiegeln. Wir sind überzeugt davon, dass das richtig ist, weil mehr Investitionen in Deutschland mehr Arbeitsplätze für unser Land schaffen. Deshalb haben wir uns zu diesem Weg **155** entschlossen.

Wir wollen, dass Gewinne wieder stärker in Deutschland versteuert werden, weil es attraktiver ist, sie hier statt im Ausland zu versteuern. Aber was wir nicht versprechen können – auch dazu haben wir uns ganz bewusst entschlossen –, ist, dass wir alle Steuergestaltungs- und Steuervermeidungsmodelle der Vergangenheit überleben lassen. **160** Das ist nicht im Interesse des Gemeinwohls. Deshalb haben wir an einigen Stellen Bremsen eingezogen.

Bei der Erarbeitung der Reform der Erbschaftsteuer – jeder weiß, wie schwierig das nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts geworden ist – wollen wir vor allen Dingen die Nachfolge innerhalb eines Familienunternehmens erleichtern. Genau das **165** werden wir in den weiteren Beratungen immer wieder deutlich machen. Wir wollen sicherstellen, dass diejenigen, die das Rückgrat der Wirtschaft in Deutschland sind – die kleineren und mittelständischen Betriebe, die Familienunternehmen, die oft über Jahre und Jahrzehnte in Deutschland ihre Heimat haben –, in einer globalen Welt eine faire, gute Chance in diesem Lande haben und dieses Land nicht verlassen müssen. Das ist **170** unser Ziel, und das werden wir durchsetzen.

Der zweite Grundsatz neben der Sanierung der Finanzen heißt: Grundlagen für mehr Beschäftigung fortentwickeln und dadurch auch mehr Teilhabe für Menschen in diesem Land ermöglichen. Was haben wir erreicht? Mit 40 Millionen Erwerbstätigen, 40 Millionen Menschen, die sich ihr Geld verdienen können, haben wir ein **175** Rekordniveau erreicht. Ich habe es schon gesagt: Die über 55-Jährigen profitieren jetzt davon. Wir haben ein Minus von 20 Prozent bei den älteren Arbeitslosen. Wir kommen endlich wieder in die Situation, zu den Besseren in Europa zu gehören. Es ist bei der Lebenserwartung, die wir heute haben, doch kein Zustand – darüber sind wir uns hier auch alle einig –, dass Menschen über 55 keine Chance mehr auf dem Arbeitsmarkt **180** bekommen. Deshalb halte ich diese Botschaft für ganz wichtig.

Was sind die Ratschläge? Es ist, wie es immer ist: Die einen sagen, wir könnten eigentlich alle Arbeitsmarktreformen zurücknehmen; denn die Wirkungen zeigen, dass wir auf dem richtigen Pfad sind. Die anderen sagen, die Arbeitsmarktreformen seien gar keine echten Reformen; es müsste alles viel härter zugehen. Ich glaube, dass beides mit **185** der Stimme der Vernunft wenig zu tun hat. Wir werden deshalb auch nichts von dem machen, sondern auch hier auf unserem Weg weitergehen.

Ich will noch einmal daran erinnern, dass wir die Arbeitslosenversicherungsbeiträge Schritt für Schritt gesenkt haben. Anfang des Jahres 2008 werden sie sich innerhalb von zwei Jahren halbiert haben.

190 Es ist nicht richtig, dass wir darüber die Solidität der Finanzen der Bundesagentur außer Acht gelassen hätten. Wir haben uns vorgenommen – wir haben das in Meseberg als Bundesregierung beschlossen und dafür in der mittelfristigen Finanzplanung bis 2011 Vorsorge getroffen –, für die Bundesagentur Rückstellungen für die Alterslasten, die auch für eine Bundesagentur entstehen – davon ist früher nie die **195** Rede gewesen –, zu bilden.

Wir sind froh darüber, dass wir zum ersten Mal sagen können: Es gibt eine Trendwende bei den Lohnzusatzkosten nach unten. Wir schaffen es, unter 40 Prozent zu kommen. Das ist eine gute Botschaft, die im Übrigen zeigt, dass wir erreicht haben, was wir uns

in dem Regierungsprogramm vorgenommen haben.

200 Wir folgen konsequent dem Prinzip von Fördern und Fordern. Es hat eine breite Debatte über die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I für Ältere gegeben. Wir haben eine Einigung gefunden, die der Tatsache Rechnung trägt, dass Ältere länger brauchen, um auf dem Arbeitsmarkt wieder vermittelt zu werden. Ältere erhalten die Chance, besser vermittelt zu werden, indem wir Eingliederungszuschüsse **205** gewähren, um jedem die Möglichkeit zu eröffnen, wieder einen Arbeitsplatz zu bekommen. Das, finde ich, ist die gute Botschaft für die Älteren. Deshalb bin ich außerordentlich einverstanden mit der Reform des Arbeitslosengeldes I.

Wir müssen in der Rentenpolitik so vorgehen, dass wir wieder ein Reservepolster anlegen. Die Schwankungsreserve, das heißt die Vorsorge, ist jetzt **210** wieder bei 0,7 Monatsbeiträgen angelangt. Wir wollen sie bis auf eineinhalb Monatsbeiträge aufbauen.

Ich sage ganz eindeutig: Wir stehen zu der Entscheidung bezüglich der Rente mit 67. Allen Experten, die glauben, jeden Tag noch etwas Neues sagen zu müssen, sage ich aber: Die Menschen haben mit uns Verlässlichkeit für die Zukunft bekommen, was **215** die Notwendigkeit der Rente mit 67 anbelangt. Darüber hinaus gibt es keine Verunsicherung durch diese Bundesregierung; auch das ist wichtig.

Wir werden im nächsten Jahr die Aufgabe haben, die beschlossene Gesundheitsreform so umzusetzen, dass die Lohnzusatzkosten auch Ende des Jahres 2008 die 40 Prozent nicht übersteigen. Ich glaube, dass die Wettbewerbsfähigkeit der **220** Krankenkassen im Rahmen dieser Gesundheitsreform im Augenblick Schritt für Schritt wächst.

Ich weiß, viele Menschen machen sich Sorgen: über den eigenen Job, ob die Rente ausreicht oder ob wirklich ein Ausbildungsplatz zur Verfügung steht. Genau deshalb sagen wir: Arbeit ist die beste Form der Teilhabe; Arbeit ist die beste Form der **225** Chancengerechtigkeit. Die Linie der Bundesregierung ist daher auch für das nächste Jahr und das übernächste Jahr "Sanieren, Reformieren, Investieren". Das ist tatsächlich ein Dreiklang, und zwar ein richtiger, mit dem wir voranschreiten werden.

Der Aufschwung wird Schritt für Schritt in der Breite immer mehr spürbar. Das Wachstum des dritten Quartals 2007 ist zunehmend von der Binnennachfrage getragen. **230** Die Lohnzusatzkosten sinken, sodass trotz der Erhöhung der Pflegeversicherungsbeiträge der Durchschnittsverdiener im Jahr 2008 netto 270 Euro mehr in der Tasche haben wird. Das sind die ersten Erfolge der Politik der Bundesregierung nach der Sanierung des Bundeshaushalts.

Ich will hier daran erinnern, womit wir begonnen haben: Wir haben mit einem **235** strukturellen Defizit von 50 bis 60 Milliarden Euro begonnen. Faktisch war das Defizit bei über 30 Milliarden Euro. Dass wir bei Wachstum, Beschäftigung und Haushaltssanierung heute so dastehen, wie wir dastehen, ist nur durch den Dreiklang "Sanieren, Reformieren und Investieren" möglich gewesen.

Für all die, die dauernd davon reden, wie viel der Staat eingreift, ist die wirklich **240** "schlechte" Nachricht die vom Sinken der Staatsquote. Welche Zahl zeigt eigentlich besser als die Staatsquote, wie viel Spielräume die Bürgerinnen und Bürger wieder haben? Im Jahre 2005 lag die Staatsquote bei 46,9 Prozent. Im Jahre 2008 wird sie bei 43,3 Prozent liegen. Wer einen Vergleich zu den Staatsquoten der anderen europäischen Länder zieht, der weiß, dass Deutschland damit gut dasteht und dass wir damit einen **245** guten Platz haben. Das Sinken der Staatsquote bedeutet nichts anderes, als dass die Menschen mehr Freiräume haben für das, was in sie in ihrem Leben selber gestalten wollen.

Wir werden den Weg für mehr Beschäftigung weitergehen. Wir wollen die

Arbeitnehmerbeteiligung in Form des Investivlohns. Wir wollen die Sanierung der öffentlichen Gebäude voranbringen. Wir wollen die Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen vereinfachen und verbessern, weil wir gerade im Bereich der einfachen Tätigkeiten Chancen für Arbeitssuchende sehen.

Wir werden den Bürokratieabbau vorantreiben. Die Bundesregierung ist die erste, die jemals nach den Maßstäben des Normenkontrollrats die Informationspflichten systematisch erfasst hat: Es sind 10.900. Die Bundesregierung hat klar gesagt: Die Bürokratiekosten sollen um 25 Prozent sinken. Sie tritt dafür ein, dass sich derselbe Prozess auf europäischer Ebene wiederholt. Wir, die Bundesregierung, haben uns vorgenommen, die Hälfte der Wegstrecke bis zur Erreichung dieses Ziels bis zum Ende dieser Legislaturperiode zurückzulegen. Das ist nachprüfbar, das ist messbar, das ist systematisch. Eine solche Form des Bürokratieabbaus hat es in Deutschland noch nicht gegeben, und das ist ein Erfolg der Großen Koalition.

Natürlich leitet uns die Frage: Wie bekommen wir mehr Beschäftigung, aber auch Beschäftigung zu fairen Bedingungen bei der Entlohnung? Damit meine ich auch die Frage der Mindestlöhne und alles, was damit zusammenhängt.

265 Erstens. Bei der Post sehe ich nach wie vor Möglichkeiten, zu einer Einigung zu kommen.

Zweitens. Obwohl wir unterschiedliche Auffassungen haben, haben wir mit der Entscheidung, ein Mindestarbeitsbedingengesetz zu entwickeln und das Arbeitnehmer-Entsendegesetz im Frühjahr des nächsten Jahres auszuweiten, die Weichen dahin gehend gestellt, dass mehr faire Löhne gezahlt werden, ohne dass die Tarifautonomie zerstört wird. Mehr Menschen wird die Chance gegeben, eine Arbeit zu finden.

Unser Wohlstand lebt ganz wesentlich von der Innovationskraft. Deshalb lautet unser dritter Grundsatz: Wir wollen den Wohlstand von morgen durch Investitionen in Forschung, in Bildung und in die Familien sichern. Der Etat der Forschungsministerin profitiert von den hohen Wachstumsraten: plus 8 Prozent. Die Mittel für die Projektförderung steigen sogar um 16 Prozent. Wir haben uns nämlich entschlossen, durch den Bundesanteil dazu beizutragen, dass für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben Mittel in Höhe von 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung stehen. Wir geben dabei nicht einfach mehr Geld in das System, sondern haben eine Vielzahl neuer Instrumentarien entwickelt, die wirklich dafür Sorge tragen, dass die Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, ihrer Verantwortung bei Forschung und Entwicklung besser gerecht werden kann. Deswegen ist die Wissenschaftsunion eine ganz wichtige Initiative.

285 Meine Damen und Herren, die Exzellenzinitiative hat in Deutschland auch im Hinblick auf den Zusammenschluss von Forschungseinrichtungen eine große Bewegung gebracht. Eine schöne Botschaft, die ich einfach mit einer Gratulation verbinde: Zwei Nobelpreise für Physik und Chemie in diesem Jahr zeigen: In Deutschland kann man Spitzenforschung – Lieber Herr **290** Westerwelle, das war natürlich nicht die Regierung.

Aber es zeigt doch, dass die Bedingungen dafür, in Deutschland zu forschen, so sind, dass man auch als Deutscher in Deutschland und nicht nur als Deutscher in Amerika einen Nobelpreis bekommen kann. Das ist die Wahrheit.

Es ist doch in keinem Interview mit den beiden Nobelpreisträgern versäumt worden, dreimal nachzufragen, wie oft sie schon darüber nachgedacht hätten, nach Amerika oder sonst wohin zu gehen. Sie haben jedes Mal erklärt, die Großforschungseinrichtungen in Deutschland seien gut. Daran müssen Sie doch nicht herummeckern; das haben Sie doch zum Teil mit gestaltet. Meine Güte, wirklich!

Wir sind dabei nicht am Ende. Wir werden den nächsten IT-Gipfel durchführen
300 und für einen Spitzenclusterwettbewerb sorgen. Vor allen Dingen werden wir – das ist für die Akzeptanz von Forschung und Entwicklung wichtig – Leuchttürme aufbauen: Spitzenprojekte in den Bereichen Klimaforschung, Energieeffizienz, Medizin und Medizintechnik sowie Verkehrsleittechnik.

Je besser die Rahmenbedingungen und Strukturen für Beschäftigung werden,
305 umso stärker macht sich ein neues Problem bemerkbar: Wie sieht es aus mit unseren Fachkräften, mit der Bildungssituation und mit der Ausschöpfung dessen, was wir an menschlicher Kraft in unserer Gesellschaft haben? Deshalb wird auch in den Jahren 2008 und 2009 das Thema Bildung von ganz besonderer Bedeutung sein. Der Ausbildungspakt in diesem Jahr hat gewirkt. Ich bin deshalb auch dagegen, dass wir hier
310 Zwangsabgaben miteinander vereinbaren. – Mein Gott, wir wissen ja Bescheid.

In diesem Jahr sind 60.000 neue Ausbildungsplätze geschaffen worden; die Wirtschaft hat ihre Versprechungen erfüllt. Trotzdem gibt es noch ein riesiges Problem aus den vergangenen Jahren, weil junge Leute in so genannten Warteschleifen sind.

Deshalb müssen wir uns überlegen – dies tun wir auch in der Bundesregierung –,
315 wie wir genau diesen jungen Leuten helfen können; denn es darf uns kein junger Mensch in diesem Lande verloren gehen, zumal dann nicht, wenn wir anschließend wieder über Fachkräftemangel sprechen.

Wir wissen auch über den Zusammenhang von Integration und Ausbildung Bescheid. Wir wissen, was es für die Notwendigkeit der Integration und den
320 Fachkräftebedarf bedeutet, wenn heute in Großstädten die Hälfte aller Kinder bei der Einschulung Kinder mit Migrationshintergrund sind. Daher haben wir eine nationale Qualifizierungsoffensive geschaffen, die wir Schritt für Schritt weiter mit Leben erfüllen werden. Wir müssen und werden auch mit den Ländern über die Schnittstellen zwischen Bildungspolitik der Länder und Ausbildung sprechen; denn es kann nicht sein, dass
325 80.000 junge Menschen in Deutschland aus der Schule herauskommen und nicht in der Lage sind, anschließend eine Ausbildung aufzunehmen, sodass es die erste Aufgabe der Bundesagentur ist, aus Beitragsgeldern diese jungen Menschen zu qualifizieren. Auch hier werden wir für weitere Fortschritte sorgen.

Wir haben in die Familien investiert – das wird niemand bestreiten –: Elterngeld,
330 Erhöhung der Kinderzulage in der Riester-Rente, um hier mehr Generationengerechtigkeit zu verwirklichen, wesentliche Schritte zum Ausbau der Kinderbetreuung, Hilfe an die Bundesländer bei einer Aufgabe, die wir als national wichtige Aufgabe qualifiziert haben. Aber wir wissen auch, dass uns das Thema Kinderarmut nicht ruhen lassen kann. Wir wollen, dass niemand wegen der Kinder in
335 die Bedürftigkeit fällt; deshalb muss der Kinderzuschlag weiterentwickelt werden.

– Ja, wegen der Kinder nicht in die Bedürftigkeit fällt, Frau Künast. So ist es. – Deshalb werden wir den Kinderzuschlag erhöhen und vereinfachen. Das Bundesfinanzministerium wird im Jahre 2008 turnusmäßig den Existenzminimumbericht vorlegen. Wir werden dann aber nicht ein ganzes Jahr warten,
340 um zu überlegen, was wir zusätzlich für Familien tun können, sondern schnell – im Herbst des Jahres 2008 – daraus die notwendigen Schlussfolgerungen ziehen und handeln.

Meine Damen und Herren,
wir haben es trotzdem mit bedrückenden Zuständen zu tun, wenn wir an Kinder in
345 Deutschland denken. Der Todesfall der verhungerten Lea-Sophie war ein letztes aufrüttelndes Beispiel. Ich sage Ihnen an dieser Stelle ehrlich: Ich halte relativ wenig von diesen schnellen Schuldzuweisungen, wer an welcher Stelle die Verantwortung trägt. Wir stehen vor einer Situation, in der wir denen, die ihrer

Erziehungsverantwortung nicht gerecht werden können, helfen müssen, ohne gleich die
350 gesamte Gesellschaft für unmündig zu erklären.

Um hier im föderalen System die richtigen Antworten zu finden, bedarf es der Kraftanstrengung aller. Ich bitte darum, keine schnelle, sondern die richtige Antwort zu finden, um den Kindern in Deutschland wirklich zu helfen.

Es gibt neben der mangelnden Fürsorge für jüngere Menschen, für Kinder, noch
355 etwas, das bedrückend ist. Das ist die Vereinsamung und Vernachlässigung älterer Menschen. Die Pflegereform versucht, auf diese Fragen eine bessere Antwort zu geben, indem wir verstärkte Prüfaufträge und Qualitätsberichte über Pflegeheime einführen, die jeder einsehen kann und über die sich jeder ein Urteil bilden kann, und Kontrollen ermöglichen, bei denen nicht alles vorher angekündigt wird. Ich glaube, das ist ein
360 richtiger Schritt. Deshalb ist die Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung richtig, weil die Pflegeversicherung Menschen in Not, Menschen im Alter und Menschen, die diese Republik aufgebaut haben, hilft. Diesen Weg werden wir auch weitergehen. Ob es Alzheimer, Demenzerkrankung oder vieles andere betrifft: Ich glaube, dass wir mit der Pflegeversicherung einen richtigen Schritt gegangen sind.

365 Unser vierter Grundsatz lautet, die Zukunft nicht zu verbauen. Das hat etwas mit Klimaschutz und Energiepolitik zu tun, die unauflösbar zusammengehören. In wenigen Tagen findet die Bali-Konferenz statt. Selbst bei kritischster Betrachtung müssen, glaube ich, alle in diesem Hause anerkennen, dass Deutschland beim Klimaschutz sowohl seine Hausaufgaben gemacht hat als auch seine internationalen Aufgaben im
370 Rahmen von G 8 und der EU-Präsidentschaft erledigt hat und wir bei diesem Menschheitsthema ein Riesenstück vorangekommen sind.

Der Bundesumweltminister wird mit einem Maßnahmenpaket für nationale Vorhaben, das wir nächste Woche im Kabinett beschließen werden, nach Bali reisen. Ich will daran erinnern – man kann das heute nachlesen –, dass Deutschland seinen
375 Verpflichtungen aus dem Kioto-Abkommen nach allen Voraussagen bis 2012 nachkommen wird. Die Europäische Union ist noch weit davon entfernt, das zu tun. Ich kann uns nur alle auffordern, in der Europäischen Union diese Diskussion verstärkt zu führen. Denn unsere Vorreiterrolle europäischerseits wird in vielfacher Weise infrage gestellt werden, wenn wir unsere eigenen Verpflichtungen aus Kioto in Europa nicht
380 erfüllen. Deshalb wird das auch eine schwierige Diskussion innerhalb der Europäischen Union werden.

Wir haben eine Vielzahl von Maßnahmen vor uns, sowohl auf der europäischen als auch auf der deutschen Ebene. Ich glaube, wir müssen es schaffen – auch darum wird die Diskussion gehen –, die Nachhaltigkeit zu unserem Leitprinzip zu erklären, das
385 heißt Wirtschaftlichkeit, soziale Verträglichkeit und Umweltschutz immer wieder in einen vernünftigen Einklang zu bringen. Darüber wird es im Einzelfall sicherlich auch Diskussionen geben; aber diesen Pfad der Nachhaltigkeit als den Grundpfad unserer Politik anzulegen, halte ich für die richtige Weichenstellung für die Zukunft.

Steigende Preise bei Öl, Gas und Strom versprechen, die Klimadebatte wieder
390 lebendiger zu machen. Ich sage an dieser Stelle – weil dazu manches geäußert wird –: Strom und Energie sind nicht zu billig. Die Menschen im Lande leiden zum Teil darunter. Unsere Ansage muss sein: mehr Energieeffizienz, mehr Energiesparen, Verbrauch senken. Aber wir müssen auch aufpassen, dass wir einen vernünftigen Pfad der Energie finden, auch für unsere nationale Energieversorgung. Ich will nicht
395 verhehlen, dass ich mit einer gewissen Sorge verfolge, welche Formen der Energieversorgung jetzt allesamt auf den Prüfstand kommen. Wenn wir keine Kohlekraftwerke mehr wollen und zudem die Kernkraftwerke abschalten wollen, was nicht meine Position ist – das ist bekannt –, dann sehe ich doch erhebliche Probleme für

die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland. Ich muss ganz ehrlich sagen: Mit 400 mir wird es nicht dazu kommen, dass man überall in Europa Kohlekraftwerke baut, in Deutschland die Kernkraftwerke abschaltet und sich anschließend wundert, dass wir kein Energieerzeugerland mehr sind.

Wir müssen also die globale Herausforderung sehen. Das Klimathema ist ein globales Thema. Das entscheidet sich nicht an der Frage, ob in Saarbrücken oder in 405 Lubmin ein Kohlekraftwerk steht oder nicht, sondern daran, dass wir international, global zu Reduktionen kommen, den Verbrauch senken und die Effizienz steigern. Das muss der Maßstab des Handelns sein.

Meine Damen und Herren,
am Thema Klima sehen Sie exemplarisch wie wahrscheinlich an keinem anderen 410 Thema, dass große Herausforderungen der Menschheit heute nicht mehr dadurch zu lösen sind, dass wir Innen- und Außenpolitik als zwei völlig getrennte Bereiche der Politik behandeln. Vielmehr gehört beides zusammen. Die Frage, wie das geistige Eigentum international geschützt wird, und die Frage, wie sich auch die Schwellenländer in die Problematik des Klimawandels einklinken und Verantwortung 415 übernehmen, sind genauso wichtig, und an deren Lösung muss genauso viel gearbeitet werden wie für die Frage, wie wir effiziente Autos bauen und vernünftige Gebäudesanierung durchführen.

Dies erleben wir nicht nur bei dem Thema Klima und im gesamten Bereich der klassischen Außenpolitik, sondern natürlich auch bei der gesamten Sicherheitspolitik, 420 bei der Herausforderung des internationalen Terrorismus und bei der Frage, wie wir ihn in unserem Lande bekämpfen. Deshalb kommen auch hier internationale Kooperation mit unseren Partnern in der Welt zum Tragen, die Öffnung Europas – ich erinnere nur daran, dass jetzt die Grenzübergänge im Rahmen des Schengen-Abkommens auch in Richtung Mittel- und Osteuropa geöffnet werden – und eine 425 vernünftige Terrorismusbekämpfung in Deutschland, zu der natürlich auch das Projekt der Onlinedurchsuchung in unserem Regierungsprogramm hinzukommt.

Deshalb heißt der fünfte Grundsatz: Innen- und Außenpolitik sind nicht mehr zu trennen, sondern sie wachsen zusammen, und dies macht unsere Politik aus.

Meine Damen und Herren,
430 nach zwei Jahren können wir sagen: Der Dreiklang von "Investieren, Sanieren, Reformieren" hat sich bewährt. Weil er sich bewährt hat, bleibt er auch die Richtschnur der nächsten zwei Jahre unserer Arbeit. Wir wissen: Nichts von dem, was wir erreicht haben, ist selbstverständlich. Millionen Menschen auf der Welt stehen jeden Morgen auf und überlegen für sich und ihre Länder, wie sie ihren Wohlstand verbessern können. 435 Deshalb wäre es die falsche Antwort – wir können auf die entsprechenden Fragen auch gar nicht mehr allein als Deutschland eine Antwort geben –, die Hände in den Schoß zu legen. Dies ist uns bewusst, aber bewusst ist uns vor allen Dingen, dass diese Große Koalition einen Auftrag hat, den Menschen in Deutschland in diesem globalen Wettbewerb eine gute Perspektive zu geben. Deshalb werden wir unsere Arbeit 440 fortsetzen: entschlossen, geschlossen, gemeinsam ringend um die richtigen Antworten, ja, ringend um die richtigen Antworten, aber mit der Entschlossenheit, für dieses Land etwas zu tun.
Herzlichen Dank.